

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 1 / FEBRUAR 2016
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch

Agenda 2030

Jetzt braucht es Taten

Hoffnung in Mali
Ein Land im Umbruch

Voluntourismus
Eine schwierige Verbindung

Inhalt

DOSSIER



AGENDA 2030

6 17 Schritte Richtung bessere Welt

Die von den UN-Mitgliedsländern beschlossenen Nachhaltigkeitsziele sind eine grosse Herausforderung für die internationale Gemeinschaft

10 «Jedes Land muss eigene Initiativen entwickeln»

Interview mit Peter Messerli, Geograf und Mitglied der Schweizer Delegation bei den Verhandlungen zur Agenda 2030

12 Gleichstellung in weiter Ferne

SDG Nummer 5 ist zentral für die Umsetzung der Agenda 2030 – es zielt auf die Gleichstellung der Geschlechter

14 Hunderte von Milliarden gesucht

Die Finanzierung der ehrgeizigen Entwicklungsziele erfordert riesige Summen, doch noch gibt es keinen konkreten Finanzierungsplan

17 Facts & Figures

HORIZONTE



18 Wiederaufbau in Mali: Frauen und Jugendliche zuvorderst

Trotz anhaltender Unsicherheit gibt es in Mali zahlreiche Engagements für Aussöhnung und eine bessere Zukunft

21 Aus dem Alltag von ...

Andreas Loebell, Programmleiter im Schweizer Kooperationsbüro in Bamako

22 Gefährliche Entfremdung

Wo das Schwimmen verboten wird, kann eine ganze Generation Schiffbruch erleiden, befürchtet Mohomodou Houssouba

DEZA



23 Pumpen der Hoffnung

Dank dem Projekt Horti-Sempre erzielen arme Bauern in Mosambik ein besseres Einkommen

24 Ruhe statt Rausschmiss

Die DEZA hat den sozialen Wohnungsbau in Georgien initiiert und während fast zehn Jahren erfolgreich gefördert

FORUM



27 Gutes tun – und sich dabei vergnügen

Voluntourismus, die Kombination von Freiwilligenarbeit mit Tourismus, nützt vor allem den Reisenden aus dem Norden

30 Die grosse Not

Carte blanche: Marius Ivaškevičius über die Wahl Europas, sich angesichts der Attentate und Flüchtlingsströme zu vereinen oder zu spalten

KULTUR



31 Suche nach neuen Identitäten

Bilder und Gedanken zur Jugend in Afrika vom Schweizer Fotografen Dominic Nahr

3 Editorial

4 Periskop

26 Einblick DEZA

34 Service

35 Fernsucht mit Anja Rügsegger

35 Impressum

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Editorial



Die neue, universelle Verantwortung

Wenn die Bedeutung eines Ereignisses umgangssprachlich besonders hervorgehoben werden soll, bedienen sich vor allem jüngere Semester gern des Adjektivs «mega» in wechselnden – hier nicht durchwegs zitierfähigen – Wortkombinationen. Nicht weniger altphilologisch gewandt sprechen etwas reifere Geister in diesen Fällen oft von einem «Paradigmenwechsel».

Breite Verwendung erfuhr der Begriff in den letzten Monaten im Zusammenhang mit der «Agenda 2030», die mit ihren Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) an einem UNO-Gipfeltreffen im September in New York verabschiedet wurde. Das alte Paradigma, das die Agenda 2030 so grundlegend verändern soll, waren die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs). Diese wurden im Jahr 2000 von der UNO ins Leben gerufen und hätten bis Ende 2015 erfüllt werden sollen, was zu einem erfreulichen Teil gelang.

Tatsächlich bestehen zwischen den MDGs und den SDGs erhebliche Unterschiede. Dazu gehört schon die Art des Zustandekommens. Während die acht MDGs von einer ad hoc gebildeten Expertengruppe formuliert worden waren, sind die SDGs das Produkt von oft zähen, dreijährigen Verhandlungen zwischen einer Vielzahl von Staaten mit unterschiedlichsten Interessen. Die Komplexität des Unterfangens fand ihren Niederschlag darin, dass die Anzahl Ziele der Agenda 2030 gegenüber den MDGs mehr als verdoppelt und mit nicht weniger als 169 Unterzielen versehen wurden.

Sodann konzentrierten sich die MDGs vorwiegend auf soziale Themen wie Armutsbekämpfung, Bildung, Gesundheit und Geschlechtergleichstellung. Die Auswahl war nicht falsch, aber unvollständig. Sie blendete beispielsweise die ebenso wichtigen Anliegen wirtschaftliche Entwicklung, gerechte Teilhabe am Wachstum und Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen weitgehend aus.

Die SDGs sind demgegenüber Ausdruck der Erkenntnis, dass sich eine wachsende Wirtschaft, eine gerechte Gesellschaft und eine intakte Umwelt gegenseitig bedingen. Dieser umfassende Ansatz widerspiegelt ein Denken, das um die Jahrtausendwende tatsächlich noch wenig verbreitet war. Breiter geworden ist mit der Agenda 2030 aber auch der Kreis der für die Erfüllung der Ziele verantwortlichen Akteure. Die MDGs beschrieben die Bedürfnisse des «Südens» und die entsprechenden Unterstützungspflichten des «Nordens». Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung beruht demgegenüber auf einer universellen Verantwortung: Jeder Staat ist grundsätzlich jedem anderen Staat für die Erfüllung aller Ziele verantwortlich.

Die Universalität der Verantwortung betrifft aber nicht nur Regierungen, sondern auch Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Privatsektor. Insbesondere auf der Finanz- und Innovationskraft der Privatwirtschaft ruhen grosse Erwartungen – als verantwortungsbewusste Investorin, aber mehr noch als Teil der Lösungen im Kampf gegen die globalen Herausforderungen. Die Agenda 2030 soll deshalb nicht bloss ein «Pflichtenheft» für die Compliance-Abteilungen sein, sondern vor allem auch ein Anreiz für die Geschäftsentwicklung: Nachhaltigkeit als Wettbewerbsvorteil.

Bedeutet denn die Agenda 2030 nun einen «Paradigmenwechsel»? Zweifellos, sofern uns in den nächsten 15 Jahren auch deren Umsetzung gelingt. Bis dann wird das Wort «mega» sicherlich hoffnungslos veraltet sein; aber wenn uns die Erfüllung der 17 Ziele gelingt, ist mir auch sonst jeder Superlativ recht.

*Manuel Sager
Direktor der DEZA*

Periskop



C-NES

Assams schwimmende Kliniken

(gn) Im indischen Bundesstaat Assam leben über zwei Millionen Menschen auf schwer erreichbaren Flussinseln. Der Tod einer schwangeren Frau, die starb, weil sie nicht rechtzeitig ins Spital gebracht wurde, brachte den Gründer des Centre for North East Studies and Policy Research (C-NES) Sanjoy Hazarika auf die Idee, die abgelegenen Regionen per Schiff medizinisch zu versorgen. Die Initiative des Professors trug Früchte: Heute betreibt das C-NES, in Zusammenarbeit mit der staatlichen Gesundheitsbehörde, auf dem Fluss Brahmaputra 15 Bootskliniken. Diese bieten Basisgesundheitsversorgung wie generelle Gesundheitschecks, Familienplanung oder Impfungen an. Jede Insel wird einmal pro Monat angesteuert – egal, ob am jeweiligen Ort fünf oder 200 Patienten auf das Team warten. Für viele Menschen im armen Nordosten Indiens sind die Bootskliniken der einzige Kontakt zur Aussenwelt, der allerdings bei zu niedrigem oder zu hohem Wasserstand unterbrochen wird. Trotz Schwierigkeiten ist die Gesundheitsversorgung über den Fluss ein Erfolg: Das Angebot der Klinikteams, zu denen Ärzte, Hebammen und Pflegepersonal gehören, wird von der Bevölkerung rege genutzt. Hazarika schätzt, dass die schwimmenden Spitäler jährlich 300 000 Menschen erreichen.
c-nes.org (Boat Clinics)

Vom Dealer zum Baumwächter

(gn) In Kenia schützen ehemalige Diebe und Drogendealer Bäume vor illegalen Holzfällern. Viele der jungen Erwachsenen aus dem Dorf Weru, die sich heute in der Muiru Youth Reform Group engagieren, hatten einst die Schule geschmissen, um im Holzhandel und mit illegalen Geschäften schnelles Geld zu machen. Seit 1999 darf in Kenias Wäldern ohne Bewilligung kein Baum mehr gefällt

werden. Dieses Verbot wurde 2010 auf Landwirtschaftsbetriebe ausgedehnt – allerdings wird es immer wieder umgangen. Die Jugendlichen, die im Dorf einst schlecht angesehen waren, haben nun die Seite gewechselt und melden den Behörden, wenn verdächtige Holzfäller und -händler auftauchen. Dafür haben sie ein spezielles Meldesystem per Handy entwickelt. «Was ich gelernt habe, als ich krumme Dinge drehte, hilft mir nun bei der

Überlistung der Holzkartelle», sagt Murithi Ntaru, Mitglied der Muiru-Gruppe. Im Auftrag der Regionalregierung, die Baumprojekte als Chance sieht, Jugendliche durch den Einsatz für den Wald von der schiefen Bahn wegzubekommen, betreiben zudem zahlreiche Jugendgruppen Baumschulen und verkaufen Setzlinge für die Aufforstung.
trust.org (Muiru)

Die Enzyklopädie der Matsés

(gn) «Von der kleinsten Infektion bis zu Krebs kann alles mit Pflanzen aus dem Wald geheilt werden», sagt Marcelinho, ein Heiler aus einem abgelegenen Dorf, vier Stunden entfernt von der peruanischen Urwaldstadt Iquitos. Er befürchtet jedoch, dass das mündlich überlieferte Wissen über die heilende Wirkung von Pflanzen- und Tierextrakten allmählich in Vergessenheit gerät, was die traditionelle Gesundheitsversorgung der Amazonasvölker bedroht. Deshalb haben erfahrene Heiler aus verschiedenen Dörfern des Volksstamms der Matsés, die im Grenzgebiet zwischen Peru und Brasilien leben, mit Unterstützung der NGO Acaté ihr Wissen zusammengetragen und in einem Buch schriftlich festgehalten. Die Enzyklopädie umfasst über 500 Seiten und ist in der Sprache der Matsés verfasst. Um deren Inhalt vor Biopiraterie zu schützen, gibt es nur ein einziges Exemplar, das – ebenfalls aus Sicherheitsgründen – weder wissenschaftliche Namen noch Bilder enthält, welche die beschriebenen Charakteristiken von Pflanzen und Tieren für Aussenstehende leicht lesbar machen würden. Damit das traditionelle Wissen jedoch lebendig bleibt, braucht es mehr als bloss ein Buch. Acaté unterstützt deshalb die Matsés bei der Ausbildung von jungen

Schamanen, die künftig auch in Dörfern zum Einsatz kommen sollen, wo es aktuell keinen traditionellen Heiler mehr gibt.
acateamazon.org

Teff für den Weltmarkt

(gn) Seit die Zwerghirse Teff von Nahrungsmittel-Gurus und Hollywoodstars entdeckt worden ist, herrscht ein regelrechter Run auf die winzig kleinen Getreidekörner. Diese enthalten wertvolle Nährstoffe und sind glutenfrei. Bis vor kurzem wurde das wenig ertragreiche Getreide einzig in Äthiopien angebaut, wo es ein Grundnahrungsmittel ist. Um zu verhindern, dass die Preise durch die globale Nachfrage in die Höhe schnellen und sich die einheimische Bevölkerung kein Teff mehr leisten kann, hat die äthiopische Regierung 2006 dessen Export verboten. 2015 wurde diese Bestimmung jedoch gelockert: Angesichts der grossen Nachfrage will man den Export unter dem Label «Ethiopian Teff» Schritt für Schritt er-



Robin Hammond/Planos

möglichen. «Wenn unser Name auf dem internationalen Markt für bessere Qualität steht, können wir damit sogar zusätzliche Prämien erzielen, wie beim äthiopischen Kaffee», stellt Khalid Bomba, CEO der Ethiopian Agricultural Transformation Agency in Aussicht. Ob trotz verheissungsvollen Exportperspektiven die Teffpreise für die breite Bevölkerung in Äthiopien bezahlbar bleiben, wird sich zeigen.
allafrica.com (teff)



Zeichnung von Jean Aujagueur

Hilfe aus dem Drucker

(gn) Materiallieferungen in Katastrophengebiete oder für Entwicklungsprojekte sind teuer, erfüllen nicht immer die lokalen Bedürfnisse und bleiben unterwegs oft stecken. Diesen Missständen will die NGO Field Ready ein Ende setzen. Ihre Vision: Künftig braucht es keine teuren Lieferungen für medizinisches Verbrauchsmaterial, Ersatzteile für Maschinen oder Bauelemente für Notunterkünfte mehr, weil diese mit 3D-Druckern vor Ort hergestellt werden können. Im Rahmen eines Pilotprojekts wurde der Ansatz 2015 in Haiti erfolgreich getestet. Dabei reichte das Produktespektrum von der Handprothese bis zu Nabelschnurklemmen. Letztere sind in Haitis Spitälern Mangelware. Die Klemmen aus dem Drucker

waren 40 Prozent billiger als die importierten, deren Zollabfertigung in Haiti bis zu einem halben Jahr dauern kann. Um das Potenzial der 3D-Technologie im Nothilfe- und Entwicklungskontext zu nutzen, bietet die NGO Trainings für die Bedienung von 3D-Druckern an. Die eigentliche Herausforderung sei aber, sagt Andrew Lamb von Field Ready, den Leuten zu erklären, was sie alles mit 3D-Druckern herstellen können. Für das Design der Lösungen steht den Nutzerinnen und Nutzern ein globales Netzwerk von



Field Ready

Spezialisten und Spezialistinnen zur Verfügung. fieldready.org

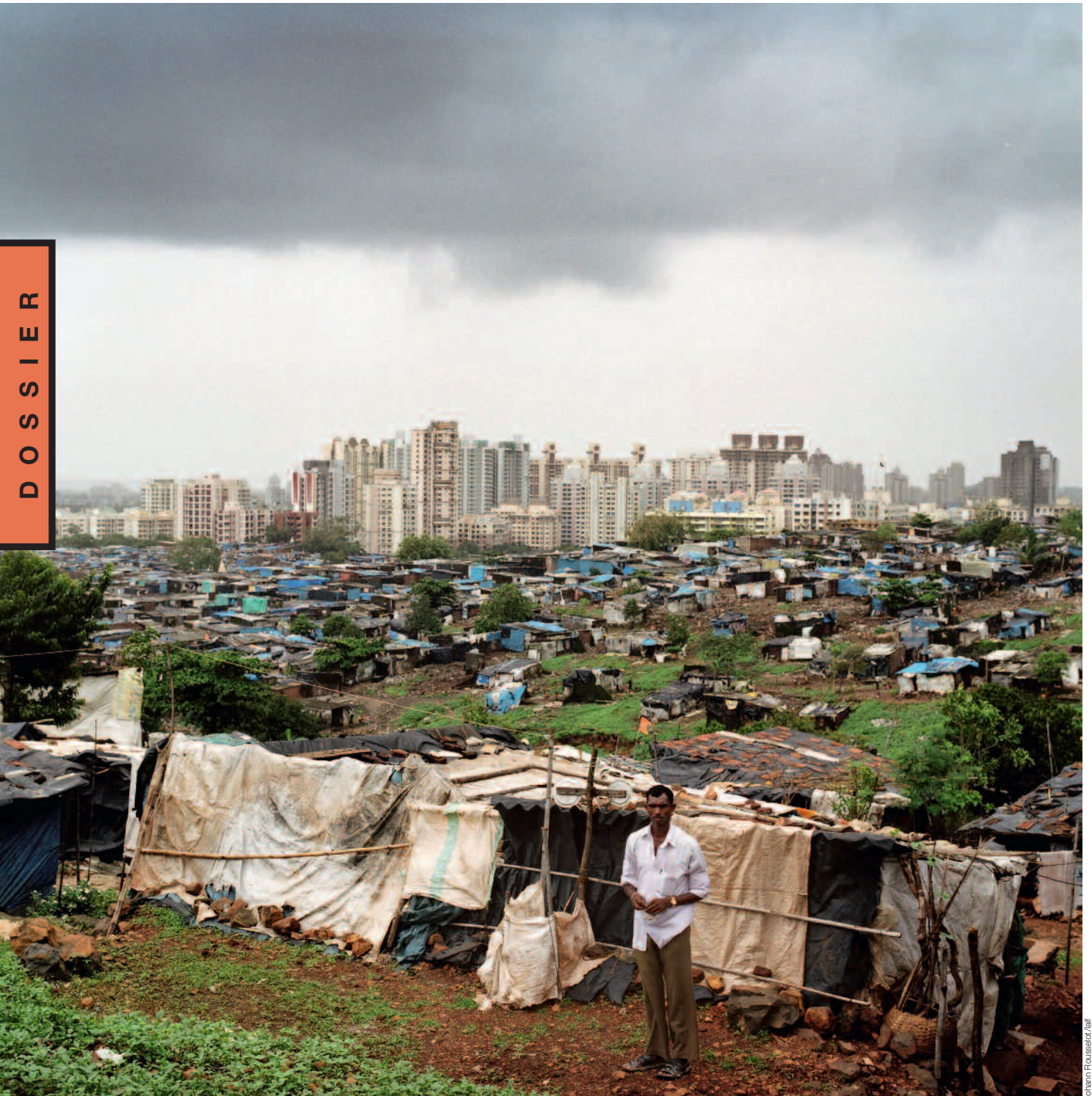
Erfolgreiches Schulmodell

(gn) In Lateinamerika haben Jugendliche auf dem Land oft keine Möglichkeit, sich über die Grundschule hinaus weiterzubilden; weil es in der Nähe keine Oberstufe gibt, und weil viele Familien es sich nicht leisten können, auf die Arbeitskraft der älteren Kinder zu verzichten. Das Sistema de Aprendizaje Tutorial – kurz SAT – ermöglicht Alternativen: Das Schulmodell, das bereits in den 1970er Jahren von einer kolumbianischen NGO für Schülerinnen und Schüler der 7. bis 12. Klasse entwickelt wurde, ermöglicht Weiterbildung im Dorf und verbindet das Vermitteln von Schulwissen mit praktischer

Arbeit. SAT-Schulen nehmen Rücksicht auf die Situation vor Ort: Müssen Jugendliche zum Beispiel bei der Ernte helfen, wird dies in den Lehrplan einbezogen. Auch Fächer wie Mathematik oder Sprache werden praxisorientiert vermittelt. Das Brookings Center for Universal Education attestiert dem SAT-Modell hohe Wirksamkeit. Eine Studie aus Honduras zeigt, dass SAT-Absolventinnen insbesondere auch über grössere soziale Fähigkeiten verfügen. «SAT ist nicht bloss eine Erziehungsreform, sondern eine Erziehungsrevolution», sagt Soheil Dooki, Direktor der Bayán Association, die in Zusammenarbeit mit der nationalen Schulbehörde SAT-Schulen in Honduras aufbaut. brookings.edu (*millions learning SAT*)

17 Schritte Richtung bessere Welt

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung haben die 193 Mitgliedstaaten der UNO ein Dokument verabschiedet, das den Weg in eine bessere Zukunft weisen soll. Die Umsetzung erfordert weltweites Umdenken und Engagement auf unterschiedlichen Ebenen. Von Luca Beti.



Was für einen Planeten werde ich meiner Tochter Matilde hinterlassen? Im Jahr 2030 wird sie 20 Jahre alt sein. Eine bessere Welt, gerechter, ohne Krieg, Armut und Hunger, mit einer intakten Umwelt. Das ist, was ich mir wünsche. Und mit mir, zumindest auf dem Papier, die 193 Länder, die Ende September 2015 die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung beschlossen haben. «Dies ist die Agenda der Menschheit, ein Aktionsplan für die

ziele (MDGs) beschlossen. Dank dieser Agenda konnten wesentliche Verbesserungen erreicht werden, wie der Abschlussbericht zu den MDGs von 2015 festhält. So konnte etwa die Anzahl Menschen, die von extremer Armut betroffen sind, in bedeutendem Ausmass gesenkt werden, und in Entwicklungsländern wurde im Bildungsbereich die Gleichstellung der Geschlechter erreicht. Die internationale Gemeinschaft war sich jedoch



Slums am Stadtrand von Mumbai, Indien (links). Nach langwierigen Verhandlungen, u.a. am UNO-Hauptsitz in New York (oben), nimmt die Welt mit der Agenda 2030 die endgültige Beseitigung der extremen Armut in Angriff.

Beseitigung der Armut in all ihren Formen, endgültig, überall und niemand wird zurückgelassen», rief UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon während des Gipfeltreffens im Rahmen der 70. Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York den Staats- und Regierungschefs zu.

Drei Säulen der Nachhaltigkeit

Mit dem Auslaufen der Millennium-Entwicklungsziele haben sich die UNO-Mitgliedstaaten für die nächsten 15 Jahre einen neuen Orientierungsrahmen für die nachhaltige Entwicklung und die internationale Zusammenarbeit gegeben. Nach einem Konsultationsverfahren von fast drei Jahren und die Zivilgesellschaft, NGOs, Unternehmen und Regierungen miteinbezogen, haben sich die Staaten auf 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) mit 169 Unterzielen geeinigt, die bis 2030 zu erreichen sind. «Die Agenda 2030 ist sehr ehrgeizig. Wenn es uns gelingt, alle Ziele zu erreichen, wird die Welt tatsächlich besser sein», sagt Michael Gerber, Sonderbeauftragter des Bundesrats und Leiter der Schweizer Delegation in den zwischenstaatlichen Verhandlungen an der UNO zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, mit Nachdruck. An der Wende zum 21. Jahrhundert hatten die Vereinten Nationen acht Millennium-Entwicklungs-

bewusst, dass die positiven Ergebnisse gefestigt werden müssen und es weitere Massnahmen braucht, um die grossen Herausforderungen der Menschheit zu bewältigen. Die Schweiz engagierte sich von Anfang an für die Ausarbeitung der Agenda 2030 und brachte wichtige Beiträge zu den Themen Wasser, Geschlechtergleichstellung, Gesundheit sowie Frieden und Sicherheit ein. Michael Gerber ist zufrieden, wenn er auf die Resultate zurückschaut, welche die Schweizer Delegation erreicht hat. Beispielsweise auf das Ziel Nr. 6, das eine nachhaltige Wasserversorgung sowie die Verfügbarkeit von sanitären Einrichtungen für alle anstrebt: «Das SDG 6 trägt deutlich die Handschrift der Schweiz. Der definitive Text ist fast identisch mit unserem Vorschlag.» Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung basiert auf drei gleich gewichteten Säulen: Soziale Gerechtigkeit, Wirtschaft und Umwelt. Diese Ausrichtung wird die künftige Entwicklungshilfe verändern. Eva Schmassmann, Entwicklungsexpertin bei Alliance Sud, spricht von einem Paradigmenwechsel: «Die MDGs haben nur Symptome bekämpft, während die SDGs die Probleme an der Wurzel anpacken. Die Armutsbekämpfung zum Beispiel kann nicht losgelöst von der Umweltfrage angegangen werden.» Man könnte die

Nachhaltigkeit messen

Das Bewertungssystem MONET (Monitoring der nachhaltigen Entwicklung) gibt Hinweise auf den Stand der Nachhaltigkeit in der Schweiz. Zu den 75 erfassten Indikatoren, gehören z.B. Angaben zur Ozon-Konzentration oder zur ökologischen Qualität des Waldes, aber auch Zahlen zu Gewaltdelikten oder Gesundheitsausgaben. Basierend auf den erhobenen Daten, werden regelmässig Berichte und Bewertungen verfasst. So wird in der jüngsten Publikation u.a. aufgezeigt, dass die Lebenserwartung in guter Gesundheit für Frauen in der Schweiz von 1992 bis 2007 um fünf Jahre, für Männer gar um fünf Jahre gestiegen ist. Negativ fällt u.a. die Entwicklung bei der Freiwilligenarbeit auf, die seit dem Jahr 2000 von gut 40% auf 33% zurückgegangen ist. [www.bfs.admin.ch \(MONET\)](http://www.bfs.admin.ch/MONET)



Simon Davis/Department for International Development

Am Globalen Jugend-Gipfeltreffen von vergangemem September in London diskutierten junge Menschen aus der ganzen Welt über das Potenzial der nachhaltigen Entwicklungsziele.

Ein umstrittener Vertrag

Seit Juli 2013 verhandelt die EU mit den USA über die sogenannte Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), mit der man die grösste Freihandelszone der Welt schaffen will. Gemäss der Europäischen Kommission würde die Vereinbarung die europäische Wirtschaft beleben und Arbeitsplätze schaffen. Kritiker befürchten hingegen, dass der geplante Vertrag die Fortschritte der Agenda 2030 beeinträchtigen könnte, weil die internationalen Standards betreffend Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz infrage gestellt werden. Die USA zum Beispiel erkennen nur zwei der acht Grundsatznormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) an. Die Vertragsgegner betonen zurecht, dass man von den Ländern des Südens schwerlich die Einhaltung von Regeln verlangen kann, die im Norden nicht durchgesetzt werden.

MDGs als eine Art Heftpflaster bezeichnen, die auf die sozialen Wunden der Welt appliziert werden, während die SDGs die Medizin sind, die Heilung verspricht.

Ziele gelten für alle

Die andere grosse Neuigkeit der Agenda 2030 ist die Universalität der SDGs. «Sie gelten im Norden wie im Süden», betont Michael Gerber. «Alle Länder müssen ihren Teil beitragen, um diese Ziele zu erreichen.» Konkret heisst dies, dass die einzelnen Staaten die Nachhaltigkeitsziele im Rahmen von nationalen Strategien und Aktionsplänen umsetzen. So verlangt SDG 1, dass weltweit die extreme Armut beseitigt und gleichzeitig in allen Ländern die Zahl der Armen halbiert wird. Die Schweiz muss demnach die Anzahl Menschen, die nach schweizerischer Definition als arm gelten – 2012 waren dies rund 590 000 Personen – bis 2030 halbieren.

SDG 12 bezweckt eine Veränderung von Konsumverhalten und Produktionsmethoden hin zu mehr Nachhaltigkeit, was u.a. zu einer Reduktion der Lebensmittelabfälle führen soll. Im Durchschnitt wirft jede Person in der Schweiz täglich 320 Gramm geniessbare Lebensmittel weg – ein Fehlverhalten, das sich nicht mit Nachhaltigkeit verträgt. «Die Agenda 2030 legt nicht mehr einfach fest, was die Geberländer für die Länder des Sü-

dens zu tun gedenken oder wie sich letztere verhalten sollten, um mit Hilfe des Nordens ihre Situation zu verbessern. Die Agenda 2030 geht die Probleme an, die den ganzen Planeten betreffen», erklärt Michael Gerber.

Für die einen legt die Agenda 2030 die Latte so hoch, dass die Ziele als unerreichbar gelten. Für andere ist sie ein utopischer Aktionsplan voller Widersprüche. Für Boniface Mabanza, Entwicklungsexperte bei der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), ist der Text gespickt mit Rhetorik und fern der Alltagsrealität: «Die Vereinten Nationen unterzeichnen einen visionären Aktionsplan, gleichzeitig verhandeln die EU und die USA über eine Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), welche die sozialen und ökologischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte mit Füßen tritt.»

Trotz der scharfen Kritik glauben viele, dass die Agenda 2030 einen «Schönheitswettbewerb» unter den Nationen auslösen wird. Genau das haben nämlich die MDGs bewirkt und die Hoffnung besteht, dass dies auch bezüglich der SDGs der Fall sein wird. Für die nächsten 15 Jahre wird die Agenda 2030 einen Bezugsrahmen für eine ganze Reihe von Akteuren darstellen: nicht nur für die Regierungen, sondern auch für die Nichtregierungsorganisationen und sozialen Bewegungen, die das Versprechen der Agenda auf ihre Fahnen heften



Eine Abfallsammlerin am Stadtrand von Nepals Hauptstadt Kathmandu: Bei der Ausarbeitung der Nachhaltigkeitsziele wurde klar, dass die Armutsbekämpfung nicht losgelöst von der Umweltfrage angegangen werden kann.

werden, um gegen Diskriminierung und für die Umwelt zu kämpfen. «Die Rolle der Zivilgesellschaft wird entscheidend sein», erklärt Eva Schmassmann von Alliance Sud. «In den nächsten Jahren wird sie die Regierungen unter Druck setzen müssen, damit diese die unterschriebene Vision von New York umsetzen und Wirklichkeit werden lassen.»

Massgeschneiderte Ziele

Damit die Umsetzung der Agenda 2030 eingefordert werden kann, braucht es Kriterien, um die Fortschritte zu messen. Aber nicht nur: Für die Definition der Ziele muss man den Ausgangspunkt kennen. Die Basis dafür sind zuverlässige und aussagekräftige statistische Daten zu den einzelnen Themen und Ländern. «Das Sammeln dieser Angaben ist eine gewaltige Herausforderung», weiss Michael Gerber.

Gegenwärtig arbeitet eine Arbeitsgruppe der Statistikkommission der UNO an der Definition der Indikatoren, mit welchen das Erreichen der Ziele und Unterziele überwacht werden soll. Das Instrumentarium soll im Frühling 2016 vorliegen. Zur Diskussion stehen rund 200 globale Schlüsselindikatoren. «Die Indikatoren sollen möglichst genau Auskunft über alle 169 Unterziele geben. Gleichzeitig haben schon heute gewisse Länder Probleme, die Zahl der Malariatoten festzustellen.

Wie schaffen wir es, dass alle Länder auch komplexe Indikatoren wie die Biodiversität oder gute Regierungsführung messen können?», fragt Andreas Weber, Programmbeauftragter im Post-2015-Team der DEZA.

Der Kontroll- und Analyseprozess findet auf drei Ebenen statt: national, regional und global. Die einzelnen Staaten sind aufgerufen, nationale Berichte zu verfassen. Diese dienen primär als Rechenschaftsinstrument gegenüber der Bevölkerung und den nationalen Parlamenten. In einer zweiten Phase sollen regionale Plattformen geschaffen werden, um Erfolge und Probleme zu diskutieren und einen Lernprozess unter Gleichen zu fördern. Schliesslich findet auf globaler Ebene im Rahmen des sogenannten Hochrangigen Politischen Forums für Nachhaltige Entwicklung (HLPF) jedes Jahr eine globale Bewertung statt. Um den Fortschritten der Agenda 2030 das nötige mediale Echo zu verschaffen, tagt das HLPF alle vier Jahre im Rahmen der UNO-Vollversammlung.

So sieht das Gerüst der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung aus. Wird es dem Gegenwind standhalten? Wird es von politischem Willen getragen? Ich hoffe es sehr. Im Jahr 2030 wird meine Tochter 20 Jahre alt sein und ich möchte ihr eine bessere Welt übergeben. ■

(Aus dem Italienischen)

Ein Planet allein reicht nicht

Wäre der Lebensstandard weltweit so hoch wie in der Schweiz, würde die Menschheit 2,8 Erden benötigen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. So steht es im Living Planet Report 2014 des WWF, wo der ökologische Fussabdruck der Bewohner jedes Landes dargestellt wird. Mit anderen Worten: In der Schweiz konsumieren wir fast dreimal soviel, wie die Erde im gleichen Zeitraum an Ressourcen reproduzieren kann. Weltweit liegt der ökologische Fussabdruck bei eineinhalb Erden. Die Tatsache, dass z.B. Jahr für Jahr mehr Bäume gefällt werden, als nachwachsen und dem Meer mehr Fische entzogen werden, als es nachzuliefern vermag, wird laut WWF auf lange Sicht zu einem weiteren Rückgang der Biodiversität führen, aber auch zu Hunger und verstärktem Klimawandel. www.wwf.ch (Living Planet Report)

«Jedes Land muss eigene Initiativen entwickeln»

Die Agenda 2030 präsentiert keine fertigen Lösungen. Für ihre Umsetzung brauche es einen gesamtgesellschaftlichen Lernprozess, sagt Peter Messerli, Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt, im Interview mit Luca Beti.



Peter Messerli ist Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt (CDE) an der Universität Bern. Im Zentrum seiner Forschungstätigkeit stehen die Veränderung sowie die Suche nach nachhaltiger Entwicklung von Mensch-Umwelt-Systemen in Afrika und Asien, die zunehmend unter dem Einfluss von globalem Wandel stehen. Als Leiter des CDE liegt dem Geografen die Verbindung von qualitativ hochstehender Forschung mit deren Anwendung für nachhaltige Entwicklung besonders am Herzen. Gleichzeitig engagiert sich das CDE für die Verknüpfung von globalen Debatten mit lokalen Realitäten in der Schweiz und in Entwicklungsländern. Im Jahr 2015 vertrat Peter Messerli die Schweizer Forschungsgemeinschaft bei den Verhandlungen zur Agenda 2030.



Der Austausch von Wissen lokaler Gemeinschaften wie hier an einem Markttag in einem Dorf ausserhalb Nairobis, Kenya, ist für die Umsetzung der Agenda 2030 unerlässlich.

«Eine Welt»: Im vergangenen Jahr haben die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba, die Verabschiedung der Agenda 2030 und der Klimagipfel in Paris die Richtung vorgegeben, in die sich die Weltgemeinschaft bewegen soll. War 2015 ein historisches Jahr für die Menschheit?

Peter Messerli: Ja, wir können sagen, dass 2015 tatsächlich ein historisches Jahr war. Bisher fehlte ein umfassender Kompass, der als Leitlinie für die nachhaltige Entwicklung des Planeten gedient hätte. Mit der Agenda 2030 und den Ergebnissen der UNO-Klimakonferenz in Paris haben wir nun einen Katalog von übereinstimmenden Zielen. Historisch ist auch die Tatsache, dass alle Staats- und Regierungschefs die Agenda 2030 unterstützen und dass zu deren Erarbeitung auch die Zivilgesellschaft miteinbezogen wurde. Vor allem ist aber die Aufgabe, welche die Menschheit in den nächs-

ten 15 Jahren anpacken muss, eine historische. Keines der 17 Ziele gibt den Weg vor, wie die Vision einer besseren Welt konkret umgesetzt werden soll. Die eigentliche Herausforderung beginnt erst jetzt.

Es wird nicht einfach sein, die wirtschaftlichen Interessen mit den sozialen Forderungen und den Umweltschweren in Einklang zu bringen.

Wir werden nie alle Ziele erreichen, da bin ich mir sicher. Es wird aber Teilerfolge geben. Für mich persönlich stehen nicht die einzelnen Ziele im Vordergrund. Vielmehr versuche ich, die Wechselwirkungen und Widersprüche zwischen den verschiedenen Vorgaben herauszuarbeiten. Ich frage mich, wie man von fortwährendem Wirtschaftswachstum sprechen kann und gleichzeitig von Umweltschutz. Kein Land hat es bisher geschafft

aufzuzeigen, dass es möglich ist, den Energieverbrauch oder die CO₂-Emissionen zu senken und dabei die wirtschaftliche Entwicklung zu steigern. Die Lösung kann nicht auf globaler Ebene erfolgen, sondern nur im regionalen oder lokalen Rahmen. Auch wenn der Aktionsplan für alle gleich lautet, muss jedes Land eigene Initiativen entwickeln, um die Ziele der Agenda 2030 zu erreichen.

Die Agenda 2030 enthält noch keine Lösungswege. Wo müssen die Staats- und Regierungschefs ansetzen, um ihre Verpflichtung zu erfüllen?

Einige Probleme sind derart komplex, dass auch die Lösungen alles andere als einfach sind. Um das Ganze zu entwirren, müssen verschiedenste Akteure einbezogen werden. Der Schlüssel liegt nicht allein in technologischen Innovationen oder in der Politik oder der Wissenschaft. Es ist notwendig, einen Ideenwettbewerb zu starten, in dem das Wissen – und das sage ich als Wissenschaftler – eine Führungsrolle hat. Mit dem Begriff Wissen meine ich nicht nur jenes, das an Universitäten oder in Büchern gespeichert ist, sondern auch den Erfahrungsschatz von Praktikern und lokalen Gemeinschaften. Die grösste Herausforderung wird darin bestehen, diese Kenntnisse und Kompetenzen zu sammeln und zu teilen, um einen Lernprozess anzustossen, der zur Entwicklung innovativer Lösungen führt, die auf gemeinsamen Visionen und unterschiedlichen Standpunkten basieren.

Die Ziele der Agenda 2030 haben weltweite Gültigkeit. Was bedeuten sie Ihrer Meinung nach konkret für die Schweiz?

Die Schweiz ist Teil einer hochgradig globalisierten Welt. Gemäss einer Studie stammen 86 Prozent unserer Güter aus dem Ausland. Dies bedeutet, dass wir gegenüber jenen Ländern, die unsere Importwaren herstellen, eine grosse Verantwortung tragen – die wir aber noch nicht wahrnehmen: Unsere Gesetze reichen oft nur bis an die Schweizer Grenzen. Die Herausforderung wird sein, die Kluft zwischen unseren eigenen Spielregeln und den weltweiten Auswirkungen unseres Handelns zu überbrücken. Hier kann und muss die Schweiz einen Beitrag leisten.

Ist die Zivilgesellschaft bereit, strengere Gesetze zu akzeptieren, die mit einem Wohlstandsverzicht einhergehen?

In den kommenden 15 Jahren haben wir die Möglichkeit, Prozesse in Gang zu bringen, die vieles verändern können. Die Gesellschaft hat dieses Potenzial zurzeit noch nicht erkannt, nicht zuletzt, weil die Agenda 2030 nur wenigen bekannt ist.

Wichtig ist, dass die Diskussionen, die bis anhin zwischen Experten und Staatschefs stattgefunden haben, nun auf die ganze Gesellschaft ausgedehnt werden. Die Sensibilisierung der Bevölkerung wird eine der ersten wichtigen Aufgaben auf nationaler Ebene sein. Man muss nur an unser Einkaufsverhalten denken. Die Quittung, die wir an der Supermarktkasse erhalten, ist oft wichtiger als der Zettel, den wir in die Abstimmungsurne legen:



Die Müllhalde von Dandora in Nairobi gehört zu den kontaminiertesten Orten der Welt.

Beim Einkaufen haben wir Wahlmöglichkeiten, die die Welt verändern können.

Wenn wir die Verschwendung von Nahrungsmitteln, den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen betrachten, hat die Schweiz noch einen weiten Weg vor sich.

So ist es. Wenn wir das Augenmerk auf diese Bereiche richten, können wir uns tatsächlich fragen, ob die Schweiz nicht ein Entwicklungsland ist. Diese Frage muss uns zu denken geben. Bei einer Gesamtbetrachtung der 17 Ziele wäre es interessant festzustellen, was die Schweiz für ein Zeugnis erhalten würde. Natürlich müssen auch die Länder des Nordens ihre Hausaufgaben machen und die Ärmel hochkrepeln, um bis im Jahr 2030 die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. ■

(Aus dem Italienischen)

Zuviel Abfall

Gemäss einer Studie der deutschen Bertelsmann Stiftung ist die Mehrheit der Industrienationen noch weit davon entfernt, die Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Agenda 2030 zu erreichen. Die Untersuchung verglich die OECD-Länder anhand von 34 Indikatoren, die auf den 17 SDGs basieren. Im Quervergleich schneiden die nordischen Staaten Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland am besten ab, gefolgt von der Schweiz. Obwohl diese hinsichtlich der Erfüllung der SDGs bis im Jahr 2030 gut unterwegs ist, weist sie in einzelnen Bereichen noch grosse Defizite auf, so zum Beispiel bei der Abfallvermeidung: Mit jährlich 712 Kilogramm Abfall pro Kopf liegt die Schweiz deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Staaten; schlechter schneiden nur Dänemark (751 kg) und die USA (725 kg) ab. www.bertelsmannstiftung.de (Nachhaltigkeitsziele)

Gleichstellung in weiter Ferne

Ohne weltweite Gleichstellung der Geschlechter gibt es keine bessere Zukunft. Das Nachhaltigkeitsziel Nummer 5 ist für die Umsetzung der Agenda 2030 zentral: Es betrifft Frauen und Männer im Norden wie im Süden.



Das Nachhaltigkeitsziel 5 betrifft die Gleichstellung der Geschlechter: An dem dafür notwendigen Veränderungsprozess – hier eine Kleinbauernvereinigung in Tansania – müssen sich insbesondere auch die Männer beteiligen.

Fortschritte dank MDGs

Im Abschlussbericht zu den Millennium-Entwicklungszielen weisen die Vereinten Nationen auf verschiedene Erfolge in Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter und Selbstbestimmung der Frauen hin: Seit dem Jahr 2000 hätten die Entwicklungsländer Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts auf allen Stufen des Bildungswesens eliminiert. 2015 waren 41% der Lohnarbeitenden in den nichtlandwirtschaftlichen Sektoren Frauen, 1990 waren es erst 35%. Weiter ist die Anzahl der Frauen in sogenannten prekären Beschäftigungsverhältnissen seit 1991 um 13% gesunken. 2015 sassen in 90% der Parlamente von 174 Staaten Frauen. Obschon sich die Anzahl Parlamentarierinnen in den letzten 15 Jahren verdoppelt hat, sind die Frauen mit einer Quote von durchschnittlich 20% jedoch immer noch massiv untervertreten. www.un.org/millennium-goals/news.shtml

(Ib) In Ruanda zählt man fast 64 Prozent Frauen und in Bolivien über 53 Prozent. Bei diesen Zahlen geht es weder um Opfer von sexueller Gewalt noch um Diskriminierung am Arbeitsplatz. Es handelt sich um den Anteil von Frauen im Parlament: Ruanda und Bolivien liegen auf den Plätzen eins und zwei der Weltrangliste in Bezug auf die Frauenquote in der sogenannten Zweiten Kammer. Mit einem Frauenanteil von 32 Prozent im Nationalrat rangiert die Schweiz auf Platz 28, zwischen El Salvador und Algerien. Wer hätte je gewagt zu behaupten, dass die hoch entwickelte Schweiz etwas von den Ländern des Südens zu lernen hätte? Und doch ist es so. «Wir müssen uns von der Idee verabschieden, dass der Norden der Schulmeister ist und der Süden der Schüler, der brav seine Hausaufgaben machen muss», hält Lenni George fest, Entwicklungsexpertin für Genderfragen bei der Beratungsfirma The Development Alchemists. Wie alle Nachhaltigkeitsziele, gilt auch Ziel Nummer 5, mit dem die UNO die Mitgliedstaaten

dazu einlädt, die Gleichstellung der Geschlechter zu realisieren und die Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen zu gewährleisten, für alle Länder. Bezüglich der ausgewogenen Vertretung der Geschlechter in der Politik, wo die Regeln zur Abschaffung der Diskriminierung zwischen Mann und Frau festgelegt werden, hat Europa wie der Rest der Welt, noch einen langen Weg vor sich. Die Präsenz von Frauen in wichtigen Gremien zu verbessern, ist eines von sechs Unterzielen, welche die Gleichberechtigung zum Inhalt haben. Die Schweiz hat sich bei der Erarbeitung eines Aktionsplans für diesen Bereich besonders engagiert.

Strukturelle Veränderungen

Trotz der Fortschritte, die im Zuge der Bemühungen um die MDGs erreicht wurden, sind Frauen in vielen Bereichen nach wie vor diskriminiert: Sie sind stärker von Armut betroffen, leiden unter ungenügender Gesundheitsversorgung, finden nur mit Schwierigkeiten Zugang zu Finanzdienstleis-

tungen und -ressourcen und haben ganz allgemein weniger Rechte als Männer. «Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung will man die Probleme an der Wurzel packen», sagt Ursula Keller, Senior Gender Policy Advisor bei der DEZA. «Das MDG Nummer 3 hat die Ungleichheiten zwischen Mann und Frau deutlich aufgezeigt, jedoch zu keinen strukturellen Verbesserungen geführt.»

fragt ist insbesondere ein Veränderungsprozess, an dem sich auch die Männer beteiligen müssen. Nur mit ihrer Teilnahme wird es gelingen, Stereotypen auszumerzen und traditionelle Rollenmodelle in der Gesellschaft aufzuweichen.

Damit das visionäre UNO-Dokument Wirklichkeit wird, muss man die neue Sichtweise ins Feld tragen, um die Ursachen sowie kulturelle und re-



Frauen leiden mehr unter Armut und haben weniger Zugang zu Finanzdienstleistungen als Männer: Die zehnjährige Enovie aus Johannesburg, Südafrika, beim Wasserholen und die Geschäftsfrau Radja vor ihrem Handy-Shop in Naivasha, Kenya.



Die Gewalt gegen Frauen etwa, ist ein strukturelles Phänomen, das die internationale Gemeinschaft nun bekämpfen will. Zu diesem Zweck wurde ein Unterziel formuliert, das besagt, dass jede Art von Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen aus dem öffentlichen und privaten Leben zu eliminieren sei. Um dies zu erreichen, reicht es nicht, lediglich im sozialen Bereich anzusetzen – dies eine Lehre aus den MGDs. Ökonomische und ökologische Aspekte sowie politische Partizipation müssen unbedingt mitberücksichtigt werden.

Die Männer müssen mit an Bord

«Die Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann geht nur schleppend voran, weil sie isoliert betrachtet wird», erklärt Stella Jegher, Expertin für Frauenrechte und Genderfragen bei Amnesty International Schweiz. Um das Nachhaltigkeitsziel Nummer 5 zu erreichen, müssen Politik, Wirtschaft und die Zivilgesellschaft die notwendigen Reformen gemeinsam anpacken. Viel wird davon abhängen, inwieweit Druck von oben und von unten auf die Regierungen der verschiedenen Staaten ausgeübt wird, damit diese wirkungsvolle Programme schaffen und die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Wichtig ist auch der Miteinbezug der Bevölkerung, vor allem der Randgruppen und der Menschen, die diskriminiert sind. Ge-

regionale Wurzeln der Geschlechterdiskriminierung vor Ort zu erkennen und zu verstehen. Man will den einzelnen Staaten einen Spielraum bei der Umsetzung zugestehen, ohne jedoch zu tolerieren, dass Menschenrechte verletzt werden. «Die Errungenschaften der Frauen werden nicht angezweifelt», sagt Ursula Keller mit Bestimmtheit. «Die Gewalt innerhalb einer Partnerschaft ist auf der ganzen Welt eine Form von Gewalt.»

Nach der Phase der schönen Worte müssen sich nun alle Länder einer Gewissensprüfung unterziehen und kohärente politische Schritte in die Wege leiten. «Die DEZA fördert Projekte, die die Gleichbehandlung der Geschlechter vorbildlich umsetzen. Die wirtschaftliche Tätigkeit vieler Schweizer Unternehmen orientiert sich jedoch nicht immer an diesen Prioritäten», bemängelt Stella Jegher. Die Allgemeingültigkeit der Nachhaltigkeitsziele führt zu einer Gleichbehandlung der Länder des Nordens und des Südens, so dass – im Idealfall – ein Dialog unter Gleichberechtigten zustande kommt. Mit Ziel Nummer 5 geht es um die Gleichstellung der Geschlechter – ein Menschenrecht, von dem die Umsetzung einer Vision abhängt: Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung. ■

(Aus dem Italienischen)

Ungleiche Löhne

In der Schweiz sind in den letzten 20 Jahren bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter wesentliche Fortschritte erzielt worden. Basis dafür war die Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung der Geschlechter (1995). Weitere Verbesserungen brachten durch Volksabstimmungen genehmigte Gesetze wie jenes über die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten 12 Wochen und das Gesetz über den Mutterschaftsurlaub. Auch die neu eingeführte Verfolgung häuslicher Gewalt als Officialdelikt wirkte sich positiv aus. Diesen Erfolgen stehen jedoch immer noch Missstände gegenüber – so etwa bei den Löhnen: Gemäss dem Bundesamt für Statistik verdienten Frauen 2012 im öffentlichen Sektor für vergleichbare Arbeit 16,5% weniger als Männer. Im privaten Sektor betrug die Differenz gar 21,3%. www.ebg.admin.ch

Hunderte von Milliarden gesucht

Die Umsetzung der Agenda 2030 stellt die Welt vor grosse Herausforderungen. In Addis Abeba hat die internationale Gemeinschaft neue Finanzierungsmodelle diskutiert. Zwischen Wunsch und Wirklichkeit klafft jedoch ein tiefer Graben.



Jean-Baptiste Rabouan/keif

Weniger Mittel für Entwicklungshilfe

Im Oktober 2015 hat der Bundesrat das Stabilisierungsprogramm 2017-2019 vorgestellt, mit dem Ziel, die Verschuldung des Bundes zu bremsen. Die Regierung schlägt vor, ab 2017 die jährlichen Ausgaben um 1 Milliarde CHF zu kürzen. Die staatliche Entwicklungshilfe der Schweiz könnte von dieser Massnahme besonders betroffen sein. Unter dem Titel «Beziehungen zum Ausland und internationale Zusammenarbeit» wird für 2017 eine Kürzung von 150 Mio. CHF anvisiert, im folgenden Jahr Einsparungen von 210 Mio. und für 2019 sogar 250 Mio. Im Zeitraum 2016-2019 würde der Bund somit ca. 0,47% des BNE für die Entwicklungszusammenarbeit aufwenden und damit das 2011 vom Parlament beschlossene Ziel verfehlen, die Quote für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,5% des BNE zu erhöhen.

Um eine nachhaltige Entwicklung – wie etwa hier in Harayana, Indien – zu finanzieren, müsste sich die Privatwirtschaft weltweit ungleich höher engagieren, als sie es momentan tut.

(Ib) Für die Finanzierung der Agenda 2030 müssten jährlich Mittel in der Höhe von 5000 bis 7000 Milliarden US-Dollars bereitgestellt werden. So steht es im World Investment Report der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung. Eines der 17 SDG-Ziele ist der Kampf gegen den Klimawandel. Gegenwärtig belaufen sich die jährlichen Investitionen in diesem Bereich auf rund 170 Milliarden USD, die für Infrastrukturmassnahmen, erneuerbare Energien oder für die Erforschung und Entwicklung von klimaschonenden Technologien eingesetzt werden. Für das Erreichen des in der Agenda 2030 festgehaltenen Klimaziels rechnet man jedoch mit einem jährlichen Finanzbedarf von 850 Milliarden USD.

Öffentliche Gelder reichen nicht

Pro Jahr fehlen also allein für den Kampf gegen den Klimawandel 680 Milliarden USD. Wie will die in-

ternationale Gemeinschaft dieses Geld beschaffen? Die Antwort auf diese und andere Fragen wurde im Juli 2015, anlässlich der dritten internationalen Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba gesucht. Im Laufe der vorangegangenen zwischenstaatlichen Verhandlungen haben Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft verschiedene Modelle für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen diskutiert und sich zum Abschluss der viertägigen Konferenz auf einen Massnahmenkatalog geeinigt. Darin enthalten sind u.a. die Bereitstellung zusätzlicher Mittel in den Ländern selber, eine stärkere Einbindung der Privatwirtschaft, die Förderung von Innovation und Technologietransfer in Richtung der Entwicklungsländer, neue Modelle öffentlich-privater Partnerschaften, verbesserte internationale Kooperation bei Steuerfragen, die Rückführung sogenannter Potentatengelder oder die Senkung

der Überweisungsgebühren für Rimessen.«Die klassische staatliche Entwicklungshilfe reicht nicht mehr. Sie wird allerdings für die Entwicklungsländer auch künftig von Bedeutung sein, vor allem für die ärmsten Länder, weil sich dadurch zusätzliche Ressourcen erschliessen lassen», erklärt Michael Gerber, Schweizer Delegationsleiter in den zwischenstaatlichen Verhandlungen an der UNO zur

tive Rolle zu übernehmen, um der Agenda 2030 zum Durchbruch zu verhelfen. Die Unternehmen verfügen über die nötigen Ressourcen, um Entwicklung zu fördern, sei es durch die Schaffung von Arbeitsplätzen oder durch den Transfer von innovativen Technologien, Wissen und Kapital in die Entwicklungsländer. Zurzeit investiert der Privatsektor weltweit etwa 900 Milliarden USD in die



ISD



Eskenbr Dababe/UN



ISD



ISD

Zwischenstaatliche Verhandlungen zur Agenda 2030 – im Uhrzeigersinn: UNO-Hauptsitz in New York, Pressekonferenz von Generalsekretär Ban Ki-moon, Schweizer Delegationsleiter Michael Gerber, Verhandlungsteilnehmer.

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. 2014 haben die Mitglieder der OECD 135 Milliarden USD für öffentliche Entwicklungshilfe aufgewendet. Obwohl die Teilnehmerstaaten in Addis Abeba ihr Versprechen, 0,7 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungshilfe einzusetzen erneuert haben, halten sich nur wenige an diese Vorgabe. Auch die Schweiz erfüllt mit einer Quote von 0,5 Prozent des BNE ihre Zusage nicht. «Aufgrund der schlechten Konjunkturentwicklung in Europa müssen wir uns eher auf Kürzungen der Entwicklungsgelder, als auf eine Erhöhung, gefasst machen», gibt Boniface Mabanza, Experte für Entwicklungspolitik bei der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika in Heidelberg, zu bedenken.

Auch wenn staatliche Unterstützung für die Entwicklung fundamental ist – ohne die Privatwirtschaft geht es nicht. Letztere ist aufgerufen, eine ak-

nachhaltige Entwicklung; notwendig wären aber 1600 Milliarden USD. Ein Loch, das nur schwer zu stopfen ist, auch wenn die Vertreter der Wirtschaft die Bedeutung der Agenda 2030 erkannt haben. Die Firmen wissen sehr wohl, dass es in Ländern, wo Armut herrscht und die Umwelt dem Mammon geopfert wird, kein Wachstum gibt. Darüber hinaus wirken fehlende Rechtsstaatlichkeit und die Vorherrschaft von Gewalt und Korruption abschreckend auf Investitionen aus dem Ausland. «Wie kann das Streben nach Rendite mit den sozialen und ökologischen Anliegen der Agenda 2030 unter einen Hut gebracht werden?», fragt Peter Messerli, Direktor des Interdisziplinären Zentrums für Nachhaltige Entwicklung und Umwelt an der Universität Bern.

In Addis Abeba wurden in mehreren Bereichen erste Eckpfeiler für solche Spielregeln geschaffen. Nun liegt es an den Staaten, diese umzusetzen. Ver-

Kampf der Steuerumgehung

Die OECD hat in den letzten zwei Jahren im Auftrag der G-20 15 Massnahmen erarbeitet, welche die von multinationalen Konzernen angewandten Praktiken zur Steuerumgehung einschränken sollen. Mit dem neuen Aktionsplan, dem sogenannten «Base Erosion and Profit Shifting Project», werden die multinationalen Unternehmen aufgerufen, ihre Steuern in jenen Ländern zu entrichten, in denen sie ihre Gewinne erzielen. Damit soll verhindert werden, dass ein grosser Teil dieser Profite in Steuerparadiesen landen. Laut OECD verlieren die Standortländer jedes Jahr zwischen 100 und 240 Milliarden USD infolge der heute legalen Steuerflucht der Multis. www.oecd.org (BEPS)



Vlad Sokhin/ActionAid/Barf

Für Entwicklungsländer wie Nepal – hier Erdbeben-Betroffene im Frühling 2015 – wird die klassische Entwicklungshilfe auch künftig von Bedeutung sein.

Rückerstattung von Potentatengeldern

In den vergangenen 20 Jahren hat die Schweiz Potentatengelder in der Höhe von rund 1,8 Milliarden USD an die Herkunftsländer zurückerstattet. 2013 legte die Schweizer Regierung den Entwurf für ein «Bundesgesetz über die Sperrung und Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte ausländischer politisch exponierter Personen» vor, das gegenwärtig im Parlament diskutiert wird. Der Text gilt als modellhaft für eine weltweite gesetzliche Regelung. Trotz dieser Fortschritte belegt die Schweiz zurzeit nach wie vor den Spitzenplatz unter den Steuerparadiesen, wie die NGO Tax Justice Network in ihrem Jahresbericht 2015 schreibt. www.eda.admin.ch (Potentatengelder)

treter der Zivilgesellschaft sind diesbezüglich skeptisch: Sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene brauche es neue, politisch kohärente Massnahmen, um die nachhaltige Entwicklung zu stärken. Die dafür notwendigen Spielregeln wurden allerdings noch nicht aufgestellt. «Es ist eine Illusion, auf den Privatsektor zu setzen und zu hoffen, dieser werde sein Wirtschaftsmodell freiwillig ändern», sagt Eva Schmassmann, Entwicklungsexpertin bei Alliance Sud. Das bestätigt auch Boniface Mabanza: «Die Industrieländer schaffen für sich selber ideale Rahmenbedingungen, damit ihre Unternehmen in andern Ländern Gewinne erwirtschaften können, ohne sich zu verpflichten, Umwelt- oder soziale Standards einzuhalten.»

Geldflüsse zwischen Süd und Nord

Eine Studie der amerikanischen Organisation Global Financial Integrity kommt zum Schluss, dass 2012 illegale Geldflüsse in der Rekordhöhe von über 991 Milliarden USD vom Süden in den Norden gelangt sind. Die Summe ist elfmal höher als die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe des gleichen Jahres. Um diese Kapitalflucht unter Kontrolle zu bringen, haben die Entwicklungs- und Schwellenländer der G77-Gruppe die Schaffung einer zwischenstaatlichen Organisation verlangt, die unter Leitung der UNO die Zusammenarbeit in Steuerfragen regelt. Die Industriestaaten haben diesen Vorschlag an der Konferenz in Addis Abeba blockiert und die Beibehaltung der bestehenden Expertengruppe der OECD bevorzugt. «Man hat beschlossen», so Michael Gerber, «dass es besser ist, der G77-Gruppe vermehrten Einfluss innerhalb

der OECD zu gewähren, als eine Duplikation zur existierenden Institution zu schaffen».

In umgekehrter Richtung, von Norden nach Süden, fliessen die Überweisungen der Migrantinnen und Migranten in ihre Heimatländer. Auch diese Gelder sind für die Finanzierung der Agenda 2030 von grosser Bedeutung. Gemäss Schätzung der Weltbank beliefen sich die Rückweisungen an Familienangehörige in Entwicklungsländern 2015 auf 454 Milliarden USD, viermal soviel wie die öffentliche Entwicklungshilfe. Die internationale Gemeinschaft will die horrenden Übermittlungsgebühren, die aktuell bis zu 25 Prozent der jeweiligen Überweisung betragen können, bis 2030 auf drei Prozent senken. Eva Schmassmann hat aber ihre Zweifel, was das Heranziehen privater Gelder von Migrantinnen und Migranten zur Finanzierung der SDGs anbelangt: «Der Entscheid, für welche Zwecke ihr Geld eingesetzt wird, liegt bei den Migranten und ihren Familien zuhause.» Dieser Meinung ist auch Michael Gerber. Er weist allerdings darauf hin, dass die Empfängerfamilien bereits heute einen guten Teil der Rückweisungen für Entwicklung einsetzen, sei es für Ausbildung, Gesundheit oder um ein Geschäft zu gründen.

Während der dritten Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung hat man weder das Ei des Kolumbus gefunden noch revolutionäre Rezepte für die Umsetzung der Agenda 2030 beschlossen. «Trotzdem konnten in verschiedenen Bereichen Fortschritte erzielt und politische Signale ausgesendet werden», bilanziert Michael Gerber. ■

(Aus dem Italienischen)

Facts & Figures

Die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen



- | | |
|---|---|
| <ol style="list-style-type: none"> 1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden 2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern 3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern 4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern 5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen 6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten 7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern 8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern 9. Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen | <ol style="list-style-type: none"> 10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern 11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten 12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen 13. Umgehend Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen 14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen 15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen 16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen 17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen |
|---|---|

Links

Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung auf der Website der Bundesverwaltung: www.post2015.ch

Nachhaltige Entwicklungsziele auf der Website der UNO www.sustainabledevelopment.un.org

UN Women, Organ der Vereinten Nationen für die Gleichstellung der Geschlechter: www.unwomen.org

Abschlussbericht 2015 über die Millenniumsziele (MDGs) www.un.org/millenniumgoals

Jahresbericht 2014 über die weltweiten Investitionen (UNCTAD) [www.unctad.org \(world investment report\)](http://www.unctad.org/world_investment_report)

Zusammenfassung des Berichts «20 Jahre Peking-Deklaration und -Aktionsprogramm» [www.unwomen.org \(beijing-synthesis-report\)](http://www.unwomen.org/beijing-synthesis-report)

Wiederaufbau in Mali: Frauen und Jugendliche zuvorderst

Trotz anhaltender Unsicherheit und dschihadistischer Bedrohung: In Mali war der Wille zum Wiederaufbau und zur Versöhnung zwischen den Bevölkerungsgruppen im Norden und im Süden noch nie so gross wie heute. – Einblicke in ein Land in vollem Umbruch. Von Mame Diarra Diop*.



Vergangenen November verabschiedeten die Abgeordneten in Malis Nationalversammlung das Gesetz zur Förderung der Gleichstellung – ein weiteres starkes Signal für die Hoffnung des Landes auf Veränderung und Wiederaufbau.

Mali – dieses riesige Land im Sahel mit einer Bevölkerung von über 15 Millionen Menschen – war von der Besetzung des Nordens im Jahr 2012 bis zur Befreiung 2013 mit dem Schlimmsten konfrontiert: geschwächte Institutionen, Auseinanderbrechen einer vorbildlichen Demokratie vor den Augen der ganzen Welt, Rückschlag im Tourismus. Innerhalb weniger Wochen wurde Mali zum Schwerkranken, zu dessen Bett die internationale Gemeinschaft herbeigeeilt ist. Die Intervention der französischen Armee löste im Januar 2013 grossen Enthusiasmus aus. Sehr schnell wich diese Freude aber den Fragen zur Zukunft des Völkermosaiks aus Peuls, Tuaregs, Songhais, Malinkes, Arabern, Bozos usw., welches das moderne Mali ausmacht.

Grundsteine für den Frieden

Mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im Juni 2015 – nach langwierigen Verhandlungen in Algier – scheint in den Herzen der Malierinnen

und Malier jedoch ein neuer Hoffnungsschimmer aufzuleuchten. Ob Aktivisten der Zivilgesellschaft, Künstler oder Intellektuelle – viele sind bereit zu kämpfen und an die Zukunft des Landes zu glauben. Doch mehrere vor und nach der Unterzeichnung verübte Attentate haben das Land in eine neue Psychose gestürzt und den Friedensprozess gefährdet (siehe Randspalte S.20).

Zwei Artikel des Abkommens sehen die Erarbeitung einer Friedens- und Versöhnungscharta vor, welche die Basis für eine neue Friedensdynamik legen und das Terrain für eine Konferenz der Nationalen Einigung vorbereiten soll. Dazu kommt die Arbeit der 15-köpfigen Kommission für Wahrheit, Recht und Versöhnung (CVJR), der zahlreiche Frauen angehören. Unter ihnen auch Nina Walleth Intalou, Führungsmitglied der Tuareg-Befreiungsbewegung MNLA (Mouvement national de libération de l'Azawad), die sich nun für den Frieden engagiert oder Coulibaly Aïssata Touré, eine renommierte Geschäftsfrau.

Hauptaufgabe dieser Kommission ist es, die zahlreichen Ausschreitungen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Jahr 2012 aufzuklären. In der Tat waren es die Frauen und die Jungen, die bei der Besetzung des Nordens den höchsten Tribut bezahlt haben. Vergewaltigt und von ihren Männern getrennt, haben viele von ihnen das Schweigen gewählt. Ein Schweigen, das Safiatou



Malis nationaler Rat der Jugend hat junge Malierinnen und Malier als Friedens-Mediatoren ausgebildet.

Moulaye Haidara, Präsidentin der Frauen innerhalb der Vereinigung Al Carama (Arabisch für Würde) brechen will, um einen neuen Weg für die nationale Versöhnung zu ermöglichen: «Heute muss man auf die Entwicklung fokussieren. Mit Hilfe von Entwicklungsprojekten, die greifbare Auswirkungen auf ihr Leben haben, muss man das Vertrauen der Bevölkerungsgruppen erlangen», analysiert sie. Die arabischstämmige Moulaye ist eine herausragende Figur der feministischen Bewegung. Im Rahmen des malischen Netzwerks für die Prävention von Völkermord hat sie in Bamako eine grosse Konferenz zu Frieden und sozialem Zusammenhalt zwischen arabischen Gemeinden im Norden Malis organisiert: «Meinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu helfen, gibt mir eine moralische Genugtuung.» Die Gattin des aktuellen Ministers für Aussöhnung und sechsfache Mutter hat zudem den Ehrgeiz, für die Händlerinnen von Gao oder Timbuktu neue Märkte aufzubauen, um deren finanzielle Unabhängigkeit sicherzustellen sowie einen Workshop zur Rolle des CVJR zu organisieren.

Über die genannten Initiativen hinaus gibt es weitere Akteure der Zivilgesellschaft, die sich der Frage der nationalen Aussöhnung verschrieben haben, wie etwa Mariam Diallo Dramé, Präsidentin der Vereinigung Femmes Leadership et Développement durable (AFLED), die sich dafür einsetzt, dass

junge Malierinnen in der Politik Führungsrollen erlangen. «Für mich gibt es keine Zukunft ohne Einbezug der Frauen bei Entscheidungsprozessen auf nationaler Ebene», fasst die Mutter dreier Kinder zusammen.

Die neue Leadership der Jungen

Während rund 100 000 Vertriebene und Flüchtlinge den Weg zurück in ihre Häuser immer noch nicht gefunden haben, versuchen jene, die geblieben sind, den täglichen Schwierigkeiten und den hohen Lebenskosten zu trotzen. Dies gilt auch für Fatouma Harber, Lehrerin am Institut de Formation des Maîtres von Timbuktu und Bloggerin in ihrer Freizeit: «Nirgends auf der Welt fühle ich mich besser als in Timbuktu, auch wenn man hier manchmal Schüsse hört und alles teurer geworden ist», sagt die junge Frau.

In der Stadt der 333 Heiligen geboren, hat Fatouma ihre Eltern, die ins benachbarte Niger geflohen waren, zurückgeholt: «Die Versöhnung ist ein langer Weg und bis jetzt fehlt es an tiefgreifenden Veränderungen. Die arabischen Gemeinschaften, Tuaregs und andere tun sich immer noch schwer damit, einander näher zu kommen und treffen sich nur untereinander», differenziert sie angesichts der herrschenden Unsicherheit. Für Fatouma sind das Internet und ihre Feder die Mittel, mit denen sie auf ihrem Blog «Le Blog de Faty» die Wirklichkeit anprangert. Dies hat ihr eine Einladung der US-amerikanischen Botschaft für die Teilnahme am Tech Camp 2014, einer «Werkstatt zu neuen Technologien», eingetragen.

Malis Wiederaufbau beschränkt sich aber nicht auf den Norden. In Bamako halten zahlreiche Junge, wie das Kollektiv «Plus Jamais ça!», mit gezielten Aktionen ein packendes Plädoyer für Dialog und Toleranz unter den Malierinnen und Maliern. «Wenn sich die Welt verändern soll, dann auch dank der Bürger. Ich bin Coach für Leadership und Persönlichkeitsentwicklung, Sozialunternehmer, Redner», fasst Bilaly Dicko zusammen, ein junger Aktivist und NGO-Vertreter bei der UNO.

Der aus Mopti in Zentralmali gebürtige Politikwissenschaftler und Mitglied des Netzwerks junger Leader der Vereinten Nationen will seiner Generation ein Beispiel sein. Er kommt aus bescheidenen Verhältnissen; die Werte von Arbeit, Strebsamkeit und Leistung wurden ihm von seinen Eltern eingepflegt, an diese hält er sich Tag für Tag. Dicko hat die Organisation «Leaders de demain» (Leader von Morgen) gegründet mit dem Ziel, bei den Jungen die Lust auf den Glauben an ihr Land zu wecken: «Mit den Leadern von Morgen, welche die Eliten der Zukunft formen, stehen die Chancen gut, dass die nächste Generation

Mali in Kürze

Name

Republik Mali

Hauptstadt

Bamako

Fläche

1 240 192 km²

Einwohner

15,3 Millionen

Bevölkerung

Rund 30 Ethnien mit je eigenen Sprachen und Kulturen. Im Süden v.a. Mande, Sudan- und Voltavölker, im Norden die Nomadenvölker Peul, Tuareg und Mauren.

Sprachen

Amtssprache: Französisch

Umgangssprache:

Bambara

Religion

90% Muslime

9% Animisten

1% Christen

Lebenserwartung

55 Jahre

Wirtschaft

Rund 80% der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft. Wichtigste Exportprodukte des Binnenlands sind Gold und Baumwolle. Die Regierung subventioniert den Getreideanbau, um die Abhängigkeit des Landes vom Weltmarkt zu reduzieren.

Armut

Platz 176 auf dem Human Development Index der Vereinten Nationen. 77,7% der Bevölkerung lebt mit weniger als 2 USD im Tag.





Tim Döwett/Paros

Das alljährlich stattfindende Festival sur le Niger in der malischen Stadt Ségou steht auch für die Tatsache, dass es keine Entwicklung ohne Kultur und keine Kultur ohne Entwicklung gibt.

Fragiler Friede

Die Wiederoberung von Malis Norden durch französische und malische Soldaten im Jahr 2013 markierte den Beginn der Bemühungen, den Frieden landesweit wiederherzustellen. Dieser fragile Prozess wurde 2015 durch verschiedene terroristische Angriffe im Zentrum und Süden des Landes auf eine harte Probe gestellt. So hat am 7. März ein Bewaffneter das Feuer auf das von vielen Ausländern besuchte Restaurant «La Terrasse» in Bamako eröffnet und fünf Tote hinterlassen. Anfang August endete eine Geiselnahme im Hotel Byblos in Sévaré mit 13 Toten, darunter fünf Angreifern. Am 20. November hat ein Terroristenkommando das Luxushotel Radisson Blu angegriffen und dabei 170 Gäste und Angestellte als Geiseln genommen. Bilanz: 22 Tote. Zu jedem dieser Attentate bekannte sich eine oder mehrere Dschihadistengruppen.

von Führungspersonen anders sein wird. Innovativ und kreativ, wenn es darum geht, den Staat und dessen weitere Entwicklung zu gestalten.»

Mohamed Salia Touré hingegen, der Präsident des nationalen Rats der Jugend (CNJ), sieht die Herausforderung eher in der Schulung von Jugendlichen. Seine Organisation hat fast 400 junge Malierinnen und Malier in Werte des Friedens und des Zusammenlebens eingeführt. Diese neuen Friedens-Mediatoren sind Botschafter im Kampf gegen extremistische Gewalt; ein wichtiges Zeichen setzte im September 2014 auch das Internationale Forum der Jugend zu Frieden und Sicherheit im Sahel, das in Mali durchgeführt wurde.

Zentrale Rolle der Kultur

Neben dem täglichen Überlebenskampf und dem Aufruf der Zivilgesellschaft, die nationale Versöhnung in die Herzen einzupflanzen, gibt es weitere Anläufe, die nach einer Form von künstlerischer und kultureller Wiedergeburt in Mali suchen. Weil es keine Entwicklung ohne Kultur gibt und auch umgekehrt keine Kultur ohne Entwicklung, hat die Durchführung der 10. Rencontres de Bamako, der afrikanischen Biennale der Fotografie, nach einem Unterbruch von vier Jahren, bei den Jungen eine Welle von Optimismus ausgelöst: «Diese direkte Begegnung ist eine Chance und erlaubt uns aus dem Alltag herauszutreten und Künstlern zu begegnen, talentierten Fotografen», bezeugt Dicko,

Kunststudentin am Konservatorium des Arts et Métiers in Bamako. Sie meint damit auch und insbesondere die unglaubliche Ausstellung mit dem Titel «Inch'Allah» von Aboubacar Traoré. Ein glückliches Omen für den Gewinner des Prix de l'Organisation Internationale de la Francophonie? Mit Porträts behelmter Männer versöhnt der Künstler auf eigene Art und Weise die Malier mit sich selber, indem er die Absurdität des Fundamentalismus denunziert, der Mali fast seine Gastfreundschaft und legendäre Lebensfreude gekostet hätte.

Heute sind die Frauen und die Jungen der aktuellen Gesellschaftspolitik und Kultur einen Schritt voraus und melden sich zu Wort. Dies zu ignorieren würde heissen, die Augen vor einem Land zu verschliessen, das nach Veränderung dürstet. Das Gesetz zur Förderung der Gleichstellung, das eine grosse Mehrheit der Abgeordneten am 13. November 2015 in der Nationalversammlung verabschiedet hat, war ein starkes Signal für diese Hoffnung. Die Hoffnung eines Landes in voller Fahrt Richtung Wiederaufbau und bereit für eine bessere Zukunft. ■

*Mame Diarra Diop ist Chefredaktorin der Wochenzeitung *Journal du Mali* und der Internetzeitung *journalumali.com* sowie Präsidentin der *Association des Professionnels de la presse en ligne (Appel Mali)*.

(Aus dem Französischen)

Aus dem Alltag von ...

Andreas Loebell, Programmleiter im Schweizer Kooperationsbüro in Bamako

Auf dem Weg ins Büro und wieder zurück sitze ich täglich eine Stunde am Steuer meines Autos im Stau von Bamako. Der Verkehr in dieser Stadt, deren Bevölkerungszahl sich in den letzten zwanzig Jahren verdoppelt hat, ist unglaublich. Von allen Seiten preschen Motorräder und Autos heran. Um unbeschadet aus dem anarchischen Verkehr herauszukommen, empfahl mir ein malischer Freund: «Frag nicht, wer von den Autolenkern im Recht ist. Versuche, den Problemen auszuweichen. Wenn dir jemand den Vortritt abschneidet, lass ihn vorbei.» Dieser Rat hat mir sehr geholfen. Seit meiner Ankunft im September 2014 habe ich noch keinen Unfall gehabt.

In Bamako ist der Verkehr Sicherheitsrisiko Nummer eins – es gibt in diesem Land aber weitere Risiken, die weniger augenfällig, aber nicht minder real sind. Die Umsetzung des Friedensabkommens, das im vergangenen Juni unterzeichnet wurde, kommt nicht richtig vom Fleck. Es vergeht kaum eine Woche ohne eine gewalttätige Attacke, die dschihadistischen Gruppen oder Banditen zugeschrieben wird. Seit Anfang 2015 sind auch andere Regionen, einschliesslich der Hauptstadt, betroffen. Zudem ist die Kriminalität stark gestiegen. Kurz: Die Sicherheitslage ist prekär und beschränkt unseren Handlungsspielraum beträchtlich.

Für uns Westler sind Nord- und Zentralmali gefährlich, weil dort ein erhöhtes Entführungsrisiko besteht. Als Verantwortlicher des Programms für ländliche Entwicklung und lokale Wirtschaft, kann ich unsere Projekte in diesen Regionen gegenwärtig nicht besuchen. Vor Ort arbeiten die Partner mit unseren malischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen. Obschon letztere nicht direkt im Fokus der Entführer stehen, gehen sie ein Risiko ein und müssen für ihre Projektbesuche eine Reihe von Vorsichtsmassnahmen treffen.

Kürzlich konnte ich an einem Workshop zur Koordination der humanitären und Entwicklungseinsätze in den Konfliktregionen teilnehmen. Die ehemaligen Konfliktparteien, die das Friedensabkommen unterzeichnet haben, in beinahe heiterer Atmosphäre am selben Tisch sitzen zu sehen, war beeindruckend. Noch vor wenigen Monaten bekämpften sie sich, jetzt diskutierten sie zwei Tage lang über ein Thema, das alle Parteien interessiert: Wie kann man die Gebiete sichern, so dass die Schulen wieder öffnen können, die Flüchtlinge zurückkehren und Schwung in die Wirtschaft kommt? Dieser Workshop machte mir Hoffnung. Es war ein kleiner Schritt in Richtung Wieder-



DEZA

herstellung von Frieden und Sicherheit. Viele weitere werden nötig sein.

Bis es so weit ist, kann ich praktisch nur im Süden des Landes frei herumreisen. Im vergangenen Sommer besuchte ich in der Region von Bougouni ein vom SECO finanziertes Bio-Baumwollprojekt, das

«Es vergeht kaum eine Woche ohne eine gewalttätige Attacke.»

bei der Frauenförderung – dank Quotenregelung – erstaunliche Resultate erzielt: Obschon die Mehrzahl der Produzenten Männer sind, werden Kredite für den Kauf von Schubkarren zu gleichen Teilen an beide Geschlechter vergeben. Früher mussten die Frauen warten, bis der Ehemann den Handwagen des gemeinsamen Haushalts nicht mehr brauchte. Erst dann konnten auch sie das unerlässliche Produktionsmittel benutzen und ihre Felder düngen oder ernten. Seit die Bäuerinnen eigene Handkarren kaufen können, haben sie ihre Produktivität und damit ihr Einkommen gesteigert. Dadurch wurden sie stärker, autonomer und selbstbewusster. ■

(Aufgezeichnet von Jane-Lise Schneeberger; aus dem Französischen)

Entwicklung und Versöhnung

Die DEZA engagiert sich seit den 1970er Jahren in Mali. Sie konzentriert ihre Aktivitäten auf die Regionen von Timbuktu (Norden), Mopti (Zentrum) und Sikasso (Süden). Das Kooperationsprogramm ist auf die drei Bereiche ländliche Entwicklung und lokale Wirtschaft, öffentliche Verwaltung sowie Schul- und Berufsbildung ausgerichtet. Die Humanitäre Hilfe der DEZA unterstützt zudem Binnenvertriebene im Norden des Landes und andere vom Krieg betroffene, schutzbedürftige Personen. Zurzeit sind weitere Ämter des Bundes in Mali aktiv: Das SECO realisiert Projekte im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung, die Abteilung Menschliche Sicherheit AMS unterstützt den Dialog zur Versöhnung und zur Vergangenheitsbewältigung www.deza.admin.ch (Länder/Mali)

Gefährliche Entfremdung

Sonntag, 14. September 2014 – von den Ufern des Vierwaldstättersees in der Zentralschweiz rufe ich meinen Cousin in Tacharane an, einem Dorf in der Nähe von Gao. Statt der üblichen Begrüssung verkündet er, im Dorf herrsche höchste Alarmstufe. Die Männer suchten nach acht Schülerinnen zwischen 13 und 15 Jahren, die seit dem frühen Morgen vermisst würden.

Später erzählt mir mein Gesprächspartner: Die Mädchen wollten in den Reisfeldern Kaaru-Blätter* pflücken. Der Bootsführer sei im Begriff gewesen, den Teich zu überqueren, der das Dorf von der gefluteten Ebene trennt, als das Schiff plötzlich von einem heftigen Windstoss erfasst wurde. Der junge Fischer habe geschildert, wie sich die Mädchen auf ihn stürzten, während er versuchte, das Boot unter Kontrolle zu bringen. Schliesslich sei das Schiff gekentert. Im Wasser hätten sich die Mädchen verzweifelt an seinen Körper geklammert. Er konnte sich schliesslich retten und im Dorf Alarm schlagen. Eine Flotille von Pirogen durchkämmte das Gebiet; Schwimmer tauchten ohne Ausrüstung. Am späten Nachmittag waren alle Leichen geborgen und in Anwesenheit der aus Gao eiligst angereisten Würdenträger beerdigt.

Die Nachricht erschüttert die Region, in der es immer wieder zu Dramen kommt. Der Bürgermeister von Gounzourèye beklagt im Radio die Misere, die Kinder zwingt, unter Lebensgefahr Blätter zu pflücken, um sich zu ernähren. Mein Cousin relativiert und präzisiert, dass die Mädchen die Blätter in der Stadt verkaufen, damit sie sich für den Schulbeginn ein paar Kleidungsstücke leisten können.

Nach der Aufregung und Trauer kommen die Fragen: Warum können die Mädchen nicht mehr schwimmen? Früher traf man sich nachmittags am Ufer des Flusses, um Wäsche und Geschirr zu waschen, zu fischen und vor allem zum Baden. Bis in die 1970er Jahre war die jährliche Durchquerung des Flusses mit den Kuhherden Anlass für ein grosses Volksfest. Man liess sich auch von Geschichten über Kaiman-Angriffe während der Hochwasserperiode nicht abschrecken. Heute haben die jungen Leute die enge Beziehung zum

Fluss verloren. Bei den Mädchen, die einst als ausgezeichnete Schwimmerinnen brillierten, ist die Entfremdung besonders gross. Mein Cousin erinnert sich, wie seine Schwester bei der Durchquerung allen Buben davonschwamm.

Warum hat sich die Jugend dermassen stark vom Fluss entfremdet? Was tun, wenn Schwimmen nicht mehr der natürliche Sport der jungen Flussan-

wohnerinnen und -anwohner ist? 2012 haben sich die Frauen von Gao gegen das Badeverbot im Niger aufgelehnt, das von den islamistischen Besetzern verhängt worden war; dies sei ein Frontalangriff gegen die althergebrachte Vereinigung mit den Flussgeistern.



Mohomodou Houssouba ist im Nordosten Malis geboren. Er studierte in Bamako und an der Illinois State University in den USA Anglistik, wo er anschliessend auch unterrichtete. Seit 14 Jahren lebt der engagierte Wissenschaftler und Publizist in der Schweiz, von wo aus er den aktuellen Wandel der malischen Gesellschaft beobachtet und beschreibt. Sein erstes Werk «Bagoundié blues, petites lumières sur la boucle du Niger» (2003) ist ein geographischer Essay über die 1970er Jahre in seiner Heimat Gao – die Zeit zwischen der grossen Trockenheit und dem Aufkommen neuer fundamentalistischer Bewegungen im Sahel.

Müsste man in der Schule Schwimmunterricht einführen, um die Kinder zurück an den Fluss zu bringen? Die Antwort lautet ja – aber wie? Der Sportunterricht beschränkt sich auf Übungen im Schulhof. Für 80 bis 100 Schülerinnen und Schüler Schwimmunterricht zu organisieren, wäre für den einzigen Lehrer der Klasse keine einfache Aufgabe. Trotzdem – es gibt Szenarien. Wenn man beispielsweise Fischer engagieren würde, die ihr Wissen vermitteln? Man müsste ihnen eine Nische im Unterrichtsprogramm zugestehen.

Das Martyrium der acht Schülerinnen hat eine Frage aufgeworfen, auf die es keine naheliegende Antwort gibt. Die Bildung der Mädchen gehört zu den grundlegenden Zielen der UNO. Die Regierungen prahlen gerne mit ihren guten Resultaten in diesem Bereich. Allzu oft besteht die Schule aber bloss aus vier Wänden, einer Wandtafel und Schulbänken. Dort lernen die Kinder von morgens bis abends nur Repetieren und Abschreiben, ohne sich zu be-

wegen oder aufzumucken. Droht mit dieser kultivierten Trägheit nicht der Schiffbruch einer ganzen Generation? ■

* *Wasserpflanze (Aeschynomene crassicaulis)*

(Aus dem Französischen)

Pumpen der Hoffnung

Die Kleinbauern im Nacala Korridor im Norden Mosambiks leiden bis heute unter den Folgen des Bürgerkriegs. Das von der DEZA finanzierte Marktentwicklungsprojekt Horti-Sempre soll ihnen helfen, der Armut zu entkommen.



Die Hip-Pump-Wasserpumpe macht das Bewässern der Felder einfacher und spart der Gemüsebauerin Zainabo Abdala (rechts) viel Zeit.

(sas) Zainabo Abdala stand jeden Morgen um vier Uhr auf, schickte ihre Töchter zur Schule und ging dann hinaus auf ihr Feld. Den ganzen Tag schleppte sie Wasser vom Brunnen herüber und kümmerte sich um ihr Gemüse. Zum Überleben reichte es dennoch kaum. 2013 kaufte sie sich mit Hilfe der DEZA eine sogenannte Hip-Pump-Wasserpumpe. «Die Pumpe macht das Bewässern der Felder viel einfacher», erzählt Abdala. Nun braucht sie nur noch zwei Stunden für die Bewässerung ihres Feldes. Zainabo Abdala ist eine von rund 4000 Kleinbäuerinnen und -bauern, denen die DEZA im Norden Mosambiks mit dem Marktentwicklungsprojekt Horti-Sempre aus der Armut helfen will. Die Region war während des 15-jährigen Bürgerkriegs fast völlig isoliert, heute fehlt es an landwirtschaftlichem Know-how. Horti-Sempre, das seit Anfang 2013 von Swisscontact umgesetzt wird und für welches bis Ende 2016 fünf Millionen Franken zur Verfügung stehen, setzt an vier Punkten an: Es werden neue, qualitativ bessere Samensorten aus Brasilien auf den Markt gebracht. Es promotet das Projekt Hip Pumps, mit welchen die Bauern in weniger Zeit grössere Flächen bewässern können. Experten ver-

mitteln Know-how zu Düngemethoden und Setzlingsproduktion, und es werden Gemüsegrosshändler mit Kleinbauern vernetzt, um diesen den Marktzugang zu erleichtern.

Erste Erfolge

Horti-Sempre ist erfolgreich angelaufen. Die gut 3000 Bäuerinnen und Bauern, die das Projekt bisher erreicht hat, haben 2014 im Schnitt 91 US-Dollar mehr verdient als im Jahr zuvor; bei einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von knapp 300 USD eine beträchtliche Summe. Zudem konnten sie ihre Gemüseproduktion um gut ein Drittel steigern. Zainabo Abdala hat 2014 mit dem Verkauf ihres Gemüses auf dem Markt mehr als dreimal so viel verdient wie noch 2013. «Das zusätzliche Geld war sehr wichtig. Ich konnte meine kranke Mutter ins Spital schicken», erzählt sie. Mit ihrer Hip Pump hat sie zudem andere Frauen motivieren können, an eine Zukunft als Bäuerinnen zu glauben: Die sieben Frauen, die vor einigen Jahren aus der kleinen Bäuerinnen-Kooperation im Dorf ausgetreten waren, wollen alle wieder zurück aufs Feld. Die Pumpe, glaubt Abdala, hat ihnen Hoffnung gemacht. ■

Indirekte Intervention

Die DEZA setzt bei Horti-Sempre auf den Market Systems Development-Ansatz. «Wir intervenieren nicht direkt im System, sondern agieren viel eher wie ein Diplomat», erklärt Pierre Strauss, Verantwortlicher für die DEZA-Projekte im Privat- und Finanzsektor in Mosambik. Statt beispielsweise selber Saatgut zu verteilen, organisiert die DEZA Treffen zwischen Saatgutverkäufern und Bauern, überzeugt Investoren, dass es einen Absatzmarkt für Hip Pumps gibt oder bringt Gemüsegrosshändler und Kleinbauern miteinander in Kontakt. «Wir sind dabei nie selber ein Player im System, sondern wirken als Vermittler und Promotor. Das garantiert, dass das System über das zeitliche Engagement der DEZA hinaus funktionieren wird», betont Pierre Strauss.

Ruhe statt Rausschmiss

In Georgien leben Tausende von Menschen seit Jahrzehnten als Flüchtlinge im eigenen Land in Notunterkünften. Mit Sozialwohnungen und politischer Lobbyarbeit will die DEZA die Situation für Vertriebene und sozial Schwache entschärfen.



Konstantin Zavrashin/gamma/leif

Studentische Visionen

Um den akademischen Nachwuchs in Georgien für den sozialen Wohnungsbau zu sensibilisieren, hat die DEZA mehrere Universitäten davon überzeugt, Vorlesungen zu dieser Thematik durchzuführen. Zudem initiierte sie Wettbewerbe, bei welchen Architekturstudenten ihre Sozialwohnbau-Projekte einreichen können. Sandro Lobjanidze hat den Wettbewerb 2015 gewonnen. «Für Georgier ist das Konzept der Sozialwohnung völlig neu», sagt Lobjanidze. «Als Architekten können wir Pionierarbeit leisten und mit schönen Entwürfen dafür sorgen, dass sich niemand schämen muss, in einer Sozialwohnung zu leben.» Seine Idee: «Wieso integrieren wir Sozialwohnungen nicht in normale Wohnblöcke? Das wäre für die Integration der Bewohner doch perfekt.»

Noch immer sind in Georgien weit über 100 000 Vertriebene aus der Konfliktregion Südossetien in provisorischen Notunterkünften untergebracht.

(sas) Der georgische Traum von friedlicher Selbstständigkeit war von kurzer Dauer. Nachdem sich der Kaukasusstaat im April 1991 von der Sowjetunion losgesagt hatte, brachen in den abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien blutige Konflikte aus. Rund 260 000 Personen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Die Hälfte von ihnen lebt bis heute in provisorischen Notunterkünften, eine Rückkehr in die umkämpften Gebiete ist für sie praktisch unmöglich.

Dodo Lakia ist eine dieser Vertriebenen. Als paramilitärische Truppen in ihrer Heimatstadt Suchumi in Abchasien 1993 ein Massaker mit Tausenden von Toten veranstalteten, floh die 54-Jährige mit ihrem Mann und den beiden Töchtern. «Zehn Jahre lang haben wir danach auf dem Gelände eines ehemaligen Chemiewerks gelebt. Unsere Gesundheit hat stark gelitten», erzählt Lakia. Heute wohnt sie mit ihrer Familie in einem von der DEZA finanzierten Sozialwohnungsbau in der Stadt Zugdidi. «Wir sind glücklich und sicher hier, auch

wenn die Einzimmerwohnung für uns manchmal etwas eng ist.»

Bauboom ohne Weitsicht

Die DEZA hat im Rahmen des Projekts «Social Housing in Supportive Environments» (SHSE) zwischen 2007 und 2013 in sieben Städten 19 Sozialwohnungsbauten mit 168 Wohnungen gebaut. Ein Novum für Georgien, wo es vor 2007 keine Sozialwohnungen gab. Die Gebäude gehören den jeweiligen Stadtverwaltungen und werden Vertriebenen, die sich keine eigene Wohnung leisten können, gratis zur Verfügung gestellt. Das Projekt unterstützt die Bestrebungen der Regierung, die sich 2007 offiziell vorgenommen hat, die Wohnsituation der intern Vertriebenen zu verbessern. «Ziel des SHSE-Projekts ist, die Schliessung der Notunterkünfte voranzutreiben und das Modell der Sozialwohnung bei der Regierung bekannt zu machen», erklärt Patrik Olsson, Programmverantwortlicher Südkaukasus bei der DEZA.

Neben den Kriegsflüchtlingen profitieren auch hilfsbedürftige Senioren, Obdachlose und Gelegenheitsarbeiter von den neuen Sozialwohnungen. Obschon das georgische Bauwesen boomt, haben diese Gesellschaftsgruppen kaum eine Chance, auf dem freien Wohnungsmarkt eine Bleibe zu finden. Gocha Khufatsaria gehört zu jener sozialen Schicht, die sich die steigenden Mietzinsen nicht

wurde, als Experte begleitet: «Ich bin zuversichtlich, was die Zukunft des sozialen Wohnungsbaus in Georgien angeht. Die Gemeinde Bolnisi zum Beispiel hat kürzlich eine alte Polizeistation in Sozialwohnungen umgebaut.»

Nach wie vor gibt es in Georgien aber keine staatlich geleitete Raumplanung – dies könnte sich negativ auf den Sozialwohnungsbaus auswirken, be-



Neben Kriegsflüchtlingen leben in den mit Schweizer Unterstützung erstellten Sozialwohnungen – hier solche in Tiflis – insbesondere Senioren, Obdachlose und Gelegenheitsarbeiter.

leisten kann. Als Busfahrer verdient er im Tag zehn Georgische Lari (vier Franken) – vorausgesetzt, er findet Arbeit. «Als meine Mutter schwer erkrankte, mussten wir unser Haus verkaufen, um die medizinische Behandlung bezahlen zu können», erzählt der 51-Jährige.

Er zog mit seiner Familie in eine Mietwohnung, die jedoch bald zu teuer wurde und landete schliesslich auf der Strasse. Die Familie liess sich auf die Warteliste für die SHSE-Sozialwohnungen in Zugdidi setzen und hatte Glück. «Hier müssen wir uns nicht mehr davor fürchten, aus der Wohnung geschmissen zu werden, weil wir die Miete nicht bezahlen können», freut sich Gocha Khufatsaria. «Ohne die Wohnung und die gegenseitige Unterstützung, die wir im Haus erfahren, wäre unser Leben grausam.»

Initiative für Obdachlose

Nach dem Abschluss der Bauphasen konzentrierte sich die DEZA ab 2013 darauf, die georgischen Behörden von der Notwendigkeit des Sozialwohnungsbaus zu überzeugen – mit einigem Erfolg. So hat etwa das Ministerium für Wirtschaft und Nachhaltige Entwicklung die von der DEZA für Georgien entwickelten Baustandards für Sozialwohnungen übernommen. Der Burgdorfer Architekt Rolf Grossenbacher hat diese letzte Phase des SHSE-Projekts, das im April 2015 abgeschlossen

fürchtet Grossenbacher: «Die ganze Verantwortung wird heute von den Gemeinden getragen, welchen oft das Geld fehlt, um entsprechende Projekte zu finanzieren.»

Tamuna Tsvitsivadze, welche das SHSE-Programm als Senior Programme Officer von Beginn weg begleitet hat, ist verhalten optimistisch. Die Häuser zu bauen, das sei fast der einfachste Teil gewesen: «Die Überzeugungsarbeit danach war und ist ein harter Brocken, insbesondere wegen der stetig wechselnden politischen Machtverhältnisse im Land. Was die DEZA allerdings zustande gebracht hat, ist für georgische Verhältnisse revolutionär.» Eine neue Initiative des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, stimmt hoffnungsvoll: «Overcoming Homelessness» heisst das Dokument, das verlangt, im ganzen Land spezielle Unterkünfte für Obdachlose zu bauen. «Wir werden diese Gelegenheit nutzen, um unser Konzept für sozialen Wohnungsbau auf die nationale politische Agenda zu setzen», stellt Tamuna Tsvitsivadze in Aussicht.

Sollte das Ministerium anbeissen, wäre das ein grosser Schritt für den Sozialwohnungsbau in Georgien und ein Garant dafür, dass das Schweizerische Engagement langfristige Wirkung zeigt. Genau wie in Serbien, wo der Sozialwohnungsbau seit dem Abschluss der serbischen SHSE-Projekte einen kleinen Boom erlebt. ■

Hobby: Hausdame

Die Bewohnerinnen und Bewohner der von der DEZA gebauten Sozialwohnungen in Georgien werden von Sozialarbeitern betreut. Finanziert wird die Betreuung von den jeweiligen Stadtverwaltungen. Zudem übernimmt jede Wohnpartei für jeweils einen Monat ein «Ämtli». Lamazo Kobalia reichte das nicht. Die 68-jährige Rentnerin wollte mehr tun und hat auf eigene Initiative das Management zweier Sozialbauten übernommen. «Die Betreuung meiner Mitbewohner erfüllt mich, sie sind schliesslich sowas wie meine Familie auf Zeit», erzählt Kobalia. Sie erledigt Rechnungen, erstellt Zeitpläne für den Wäscheraum, schaut regelmässig bei allen Nachbarn vorbei und sorgt mit ihrem Volksmusik-Ensemble Mapshalia dafür, dass zuweilen etwas Heiterkeit in die Wohngemeinschaften einkehrt.

Einblick DEZA



Franck Guizot/hemis.fr/af

Hotellerie in Laos

(bm) In Laos trug der Tourismus 2013 18% zum Bruttonationalprodukt bei. Seit 20 Jahren steigt die Zahl der ausländischen Besucher jährlich um rund 20%, entsprechend gross ist das Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Tourismus. Die Schweiz unterstützt gemeinsam mit Luxemburg ein Projekt zur Reform der Berufsausbildung, damit junge Leute in diesem Sektor berufliche Kompetenzen erwerben können. Der Schweizer Beitrag richtet sich vor allem an die ärmsten unter den Jungen, im Besonderen an solche aus ethnischen Minderheiten und an Frauen. Das Projekt sieht die Vergabe von Stipendien vor, um den am meisten benachteiligten Personen den Zugang zu einer Ausbildung zu erleichtern. Bis ins Jahr 2020 sollen 5000 junge Männer und Frauen von Ausbildung profitieren können – bis 2025 rechnet man mit 20000. *Projektdauer: 2015-2020*
Volumen: 9,75 Millionen CHF

Unterstützung des UNDP

(hsf) Das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) ist eine der wichtigsten Partnerinstitutionen der DEZA. Es hat den Auftrag, Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung in Entwicklungsländern substanziell zu verringern. Dazu unterstützt es die armen Länder, damit diese ihre eigenen Entwicklungsstrategien wirkungsorientierter umsetzen können. Die Schweiz gehört, mit einem jährlichen

Basisbeitrag von 60 Millionen CHF, zu den zehn grössten Geldgebern des UNDP. Dessen Hauptziele decken sich mit den Entwicklungsprioritäten der Schweiz. Beispiel einer erfolgreichen Kooperation von DEZA und UNDP sind der Bau von Auffangsystemen für Hochwasser und die Ausbildung von 2000 Expertinnen und Experten für die Naturkatastrophenprävention in Nicaragua.

Projektdauer: 2015-2017
Volumen: 180 Millionen CHF

Schutz vor Überfischung

(bm) In Myanmar hat der Übergang zur Marktwirtschaft und zu mehr Demokratie neue Möglichkeiten eröffnet. Gleichzeitig kam es aber zu Spannungen zwischen Bevölkerung, Regierung und dem privaten Sektor wegen der Kontrolle und der Verwaltung der natürlichen Ressourcen, u.a. werden die Gewässer im Golf von Martaban überfischt. Die DEZA unterstützt deshalb ein Projekt, das dort die Biodiversität schützt und eine nachhaltige Nutzung der Wasserressourcen durch die lokale Bevölkerung fördert. Zu den geplanten Massnahmen gehören auch eine Verbesserung der Fischereiverwaltung und der Zugang zu wirtschaftlichen Aktivitäten, die nicht an die Fischerei gebunden sind. Ziel ist die Verbesserung der Lebensbedingungen der armen, ländlichen Bevölkerung –



Lisa Magroby/DEZA

mit besonderer Berücksichtigung der Frauen.

Projektdauer: 2015-2018
Volumen: 4,6 Millionen CHF

Einbindung der Diaspora

(dey) Rund ein Drittel der Moldawierinnen und Moldawier im erwerbsfähigen Alter ist im Lauf der letzten zehn Jahre emigriert. Manche auf Zeit, andere für immer. Die DEZA unterstützt ein Projekt, das zum Ziel hat, die Auswanderung als Chance für die sozio-ökonomische Entwicklung des Landes zu nutzen. So werden etwa die moldawischen Behörden zum Beispiel bei der Erarbeitung eines gesetzlichen Rahmens unterstützt, der es Mitgliedern der Diaspora ermöglicht, sich für die Entwicklung ihrer Herkunftsgemeinde zu engagieren – u.a., indem sie in Infrastrukturbauten investieren. Zudem ermutigt das Projekt den Privatsektor, für die Migrantinnen und ihre Familien zuhause nützliche Produkte zu entwickeln.

Projektdauer: 2014-2018
Volumen: 7 Millionen CHF

Wasseraufbereitung

(ung) Anfang 2015 stellten die Gesundheitsbehörden der ukrainischen Stadt Donezk einen beträchtlichen Anstieg von Hepatitis-A-Fällen fest. Der Hauptgrund war die Verunreinigung des Wassers. Einige Monate später schickte die Humanitäre Hilfe der DEZA drei Konvois mit insgesamt 1200 Tonnen chemischer Produkte für die Aufbereitung von Wasser in die Ostukraine. Die Schweiz war die einzige staatliche Akteurin, deren humanitäre Konvois die Grenzlinie zwischen den Konfliktparteien überqueren



DEZA

konnten. Rund 3 Millionen Menschen auf beiden Seiten der «Kontaktlinie» haben davon profitiert. Zusätzlich lieferte die DEZA vier sogenannte Wata-Systeme für die lokale Herstellung einer Chlorlösung, mit der die Bevölkerung das Wasser selber aufbereiten kann. Die Entsendung von zusätzlichen Wata-Systemen ist geplant. *Projektdauer: 2015-2016*
Volumen: 1 Million CHF

Plattform Migration und Entwicklung

(sauya) Ende 2015 lancierte die DEZA die «Schweizer Plattform der Zivilgesellschaft über Migration und Entwicklung» (www.mdplatform.ch). Sie hat zum Ziel, Diskussionen über den Beitrag von Migrantinnen und Migranten an die Entwicklung zu intensivieren, die Position der Schweizer NGOs international zu stärken und die politische Kohärenz bezüglich Migration und Entwicklung zu unterstützen. Konkret soll der Austausch zwischen den verschiedenen Mitgliedern gefördert werden, unter Einbezug der Schweizer Behörden und weiteren Partnern im Ausland. Die Plattform wird von Caritas und Helvetas gemeinsam gemangt. Bereits als nützlich erwiesen hat sie sich anlässlich der Erarbeitung gemeinsamer Positionen für das «Weltforum für Migration und Entwicklung», vom Oktober 2015 in Istanbul. *Projektdauer: 2015-2018*
Volumen: 900 000 CHF

Gutes tun – und sich dabei vergnügen

Voluntourismus ist im Trend: Immer mehr Reiseunternehmen haben Kombinationen von Freiwilligenarbeit und touristischen Aktivitäten in ihrem Programm. Was gerne als Entwicklungszusammenarbeit verkauft wird, nützt aber vor allem den Touristen. Von Jane-Lise Schneeberger.



Carlos Lutubo/Redux/afp

Freiwillige Helferinnen beim Einsatz am Stadtrand von Maputo, Mosambik: Die Nachfrage nach einer sinnvollen Beschäftigung in einem humanitären oder Umweltprojekt in den Ferien ist explosionsartig gestiegen.

In der Entwicklungszusammenarbeit hat der internationale Freiwilligeneinsatz eine lange Tradition. Seit über fünfzig Jahren schicken NGOs, Missionswerke oder Entwicklungszusammenarbeits-Agenturen Freiwillige in die Länder des Südens, in der Regel für langfristige Einsätze. Seit rund zehn Jahren breitet sich in diesem Bereich ein neues Phänomen aus. Die Einwohner der Industrieländer wollen nicht mehr nur einfach Touristen sein, wollen anders reisen. Sie möchten während ihren Ferien etwas Sinnvolles leisten, in einem humanitären Projekt oder einem Umweltprojekt mithelfen. Der explosive Anstieg der Nachfrage hat dazu geführt, dass das Angebot angepasst wurde. Man spricht nun von einem «flexiblen Freiwilligeneinsatz»: Ob der Reisende in Ghana einen Brunnen graben, in Vietnam eine Schule aufbauen oder sich in Nepal um Waisenkinder kümmern möchte, er muss dies für eine kurze Dauer und an den für ihn passenden Daten tun können. Die Reiseveranstalter haben in diese lukrative Marktücke investiert und ein neues

Produkt geschaffen, den Voluntourismus – eine Kombination von Volontariat und Tourismus. Christine Plüss, Geschäftsführerin des Arbeitskreises Entwicklung und Tourismus (akte) in Basel, sieht in dieser Entwicklung eine Perversion des Freiwilligeneinsatzes: «Der Voluntourismus kann eine Chance sein, die Reisenden für die Realitäten in den Ländern des Südens zu sensibilisieren. Leider sind die Angebote jedoch stärker auf die Bedürfnisse der Touristen ausgerichtet als auf jene der lokalen Bevölkerung.» Dies führe zu Absurditäten: «In Sri Lanka werden Schulen jeden Monat von Touristengruppen neu gestrichen.»

Reisen und helfen

In diesem neuen Sektor, wo die Grenze zwischen kommerziellen und nicht kommerziellen Angeboten manchmal verschwimmt, findet man im Internet Angebote aller Art im Überfluss. In der Regel werden keine besonderen Kompetenzen verlangt. So geben Voluntouristen Englischkurse, auch wenn

Voluntourismus mit Verantwortung

Die Regeln einer nachhaltigen Entwicklung und des Schutzes von Kindern werden im Voluntourismus selten eingehalten. Dies ist die Schlussfolgerung einer kürzlich erschienenen Studie, die im deutschsprachigen Raum 44 Angebote von 23 Anbietern untersucht hat. Unter dem Titel *Vom Freiwilligendienst zum Voluntourismus* stellt die von drei NGOs durchgeführte Untersuchung zudem fest, dass die Mehrheit der Anbieter keine vorgängige Auswahl unter den Freiwilligen vornimmt. Sie verlangen weder einen Lebenslauf, noch ein Motivationsschreiben oder einen Strafregisterauszug und sie holen bei ihren Kunden auch keine Auskünfte über Sprachkenntnisse oder beruflichen Erfahrungen ein. Der Bericht fordert die Anbieter auf, ihre Praktika mit mehr Verantwortung zu planen und die Risiken zu begrenzen. www.fairunterwegs.org/voluntourismus



Juergen Escher/af

Für viele Voluntourismuseinsätze werden keine besonderen Kenntnisse verlangt. Ein Amateurismus, der etwa beim Wiederaufbau nach einem Erdbeben – hier in einem nepalesischen Bergdorf – fatal sein kann.

Qualifizierte Freiwillige

Dem 1964 gegründete Schweizer Verband für Personelle Entwicklungszusammenarbeit Unité gehören 22 Schweizer NGOs an, die mit Freiwilligeneinsätzen arbeiten. Unité garantiert für die Qualität des Leistungsausweises dieser Freiwilligen. 2014 arbeiteten rund 700 Freiwillige der Mitgliederorganisationen im Feld, 90% davon waren erfahrene Fachleute. Sie absolvierten sowohl lange wie auch kurze Einsätze. Die restlichen 10% waren Diplomierte, die eine erste berufliche Erfahrung im Ausland machten und junge Unqualifizierte, die an einem Sensibilisierungs-Praktikum teilnahmen. Die DEZA kofinanziert den Dachverband Unité sowie verschiedene Einzelmitglieder mit Beiträgen. Dabei unterstützt sie hauptsächlich die Entsendung von qualifizierten Berufsleuten, die in Entwicklungsprojekte integriert werden und sich an lokalen Bedürfnissen orientieren.
www.unite-ch.org

sie noch nie unterrichtet haben. Andere, ebenso unerfahren, errichten Mauern oder Dachstühle. «Dieser Amateurismus kann gefährlich sein, insbesondere in den Spitälern, wo man Touristen antrifft, die Medikamente verteilen oder Wunden pflegen», sorgt sich Pierre de Hanscutter, Leiter des «Service volontaire international» in Brüssel. Die Anbieter präsentieren diese Missionen oft als Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit. Unter dem Slogan «Reisen und Helfen» verspricht die Werbung den Touristen, dass sie mit ihrem Einsatz die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung verbessern, den Leuten helfen, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen oder Strassenkindern eine Wiedereingliederung ermöglichen. «Diese Denkweise hat einen kolonialistischen Beigeschmack. Man lässt die Touristen glauben, dass sie in der Lage sind, die Welt zu retten, einzig, weil sie aus den Industrieländern kommen», kommentiert Christine Plüss. Kein Kunde sollte in einem Land des Südens eine Tätigkeit ausüben, die er nicht auch bei sich zu Hause ausüben darf, so die Meinung von Plüss. Das Reiseunternehmen STA Travel weist diese Kritik zurück. «Unsere Freiwilligen werden immer von einer lokalen Fachperson und einem Projektkoordinator begleitet. In den Schulen assistieren sie dem Klassenlehrer, vor allem im Englischunterricht», unterstreicht Caroline Bleiker, Geschäftsführerin der Schweizer Filiale. Sie nennt ein Projekt in der kambodschanischen Stadt Siem Reap, einige Kilometer von den Tempeln von Angkor entfernt. Die

Kunden des Reiseveranstalters arbeiten dort für New Hope Cambodia. Diese Organisation vermittelt verschiedene Kurse, einschliesslich einer Gastronomieausbildung für die Bewohner eines benachteiligten Quartiers. «Ohne dieses Projekt könnten all diese Leute weder Englisch lernen, noch Erfahrungen sammeln und Kompetenzen erwerben», betont Caroline Bleiker.

Konkurrenz für lokale Arbeitskräfte

In den Ländern des Südens zählen zahlreiche Institutionen, wie New Hope auf die Arbeit von Freiwilligen. Der Frauenorden «Missionarinnen der Nächstenliebe» zum Beispiel würde ohne sie nicht funktionieren. Der von Mutter Teresa gegründete Orden empfängt jedes Jahr in Kolkata Hunderte Westler, die den Ordensschwwestern bei ihren Aktivitäten im Dienste der Ärmsten helfen. Diese Gratisarbeit kann jedoch die einheimischen Arbeitskräfte konkurrieren – insbesondere wenn sie nicht qualifiziert ist. «In gewissen Ländern ist der Voluntourismus für den lokalen Arbeitsmarkt eine Plage», stellt Pierre de Hanscutter fest. «Handwerker oder Lehrer, deren Einkommen sowieso schon mager ist, sehen sich mit Touristen konfrontiert, die teils sehr teures Geld bezahlt haben, um deren Arbeit zu machen.» STA Travel teilt diese Ansicht nicht: «Unsere Freiwilligen ersetzen in keinem Fall die lokalen Arbeitskräfte. Sie arbeiten für Projekte, die es ohne sie gar nicht geben würde», sagt Bleiker. Die Organisationen für die Förderung eines fairen



Bei Voluntouristen sind Aktivitäten mit Kindern wie hier in Tansania besonders beliebt. Die Organisationen für die Förderung eines fairen Tourismus warnen jedoch vor den Risiken des Waisenhaus-Tourismus.

Tourismus empfehlen, sich im Detail über die Angebote zu informieren. Der Kunde sollte sich immer fragen, welches die wirklichen Bedürfnisse vor Ort sind, ob er dafür genügend qualifiziert ist und weshalb das betreffende Projekt nicht auf einheimische Arbeitskräfte zurückgreift.

Die gleichen Organisationen warnen auch vor den Risiken des Waisenhaus-Tourismus. Bei Freiwilligen sind Aktivitäten mit Kindern besonders beliebt, viele Angebote beinhalten gar ein Praktikum in solchen Institutionen. In zahlreichen Ländern entstanden deshalb unechte Waisenhäuser, deren Betreiber die Kinder bei armen, aber durchaus noch existierenden Eltern, holen. Ob echte oder falsche Waisen – Kinder brauchen eine stabile Zuneigung. Sie leiden unter den ständigen Wechseln der Freiwilligen und können psychische Störungen entwickeln. Zudem existiert bei den Waisenhäusern, die ihre Türen für die Fremden weit geöffnet haben, ein erhöhtes Risiko von sexuellem Missbrauch.

Drohende Vermischung

Der Boom des Voluntourismus beunruhigt die Schweizer NGOs, die auf Freiwilligenarbeit spezialisiert sind. Nach Ansicht von Raji Sultan, Verantwortlicher Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit ihres Dachverbandes Unité, sind gewisse Angebote irreführend: «Man verkauft diese Reisen als Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit, während das Ziel einzig der Befriedigung der Abenteuerlust dient. Diese Vermischung bringt die

Arbeit der NGOs in Misskredit, die echte Zusammenarbeit leisten, indem sie qualifizierte Fachleute ins Feld schicken.» Sultan betont, dass Freiwilligenarbeit den Reisenden auch Vorteile bietet: Sie lernen andere Kulturen kennen, erweitern ihren Horizont und erhalten Einblick in die Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit. «In Wahrheit sind das Sensibilisierungspraktika. Unter diesem Namen müssten sie verkauft werden.»

Einige Anbieter tun dies, wie der Reiseveranstalter Globotrek, der sich mit Helvetas zusammenschlossen hat und Reisen anbietet, auf denen man deren Landwirtschaftsprojekte besuchen kann. «Unser Ziel ist, die Touristen für das Leben der Kleinbauern zu sensibilisieren und ihnen ein Entwicklungsprojekt vorzustellen», erklärt Franziska Kristensen, Leiterin dieser Projektpartnerschaft bei Helvetas. Während zwei oder drei Tagen teilen die Touristen das Alltagsleben mit einer Familie auf dem Land. In Kirgistan können sie an der Baumwollernte teilnehmen und in Bolivien an der Kakaoernte. Diese Aufenthalte sind sehr kurz, um die einheimischen Arbeitskräfte nicht zu konkurrenzieren und keine Reise wird ohne Zustimmung der lokalen Gemeinschaft organisiert. «An einer vorbereitenden Sitzung erklären wir den Teilnehmern, dass es sich nicht um Hilfe handelt, sondern um einen gleichberechtigten Austausch», unterstreicht Franziska Kristensen. ■

(Aus dem Französischen)

Know-how der Rentner

Ein Freiwilligeneinsatz ist in jedem Alter möglich. Zahlreiche Pensionierte stellen ihre Kompetenzen und ihre Erfahrung in den Dienst von Entwicklungsprojekten. Das Senior Experts Corps (SEC) verfügt über mehr als 700 Fachleute aus der Schweiz, die meisten im Alter zwischen 60 bis 75 Jahren, die Einsätze zwischen zwei und zwölf Monaten leisten. Dieses Corps wurde 1979 von der NGO Swisscontact gegründet; Anfragen kommen hauptsächlich von KMUs und Berufsschulen in den Partnerländern. Zwei Drittel der Anfragen betreffen den Lebensmittelbereich (Chocolatiers, Käser, Köche), den Tourismus (Hoteliers) und das Management (Marketingfachleute, Betriebswirte). Die Rentner beraten und vermitteln Ausbildungsprogramme. www.swisscontact.org (SEC)

Die grosse Not

Es mag lästerlich und amoralisch sein, den blutigen Ereignissen von Paris vom November 2015 eine helle Seite abgewinnen zu wollen, aber in solchen Fällen hat man nur die Wahl zwischen Hoffnung und Verzweiflung. Und letztere führt zu Hass und Rachsucht.

Den Morgen nach den Terroranschlägen verbrachte ich wie Millionen anderer mit Fernseher und Internet. Und mit meiner Tochter, die den Eiffelturm inmitten roter Flammen zeichnete. Sie fragte, was denn «Pray for Paris» bedeute? Für den internationalen Tag der Toleranz sollte sie ein Plakat zeichnen. Deshalb erkundigte sie sich, ob man all das im Internet – diese Eiffelturm-Lawine und die Menschen, die ihre Profilbilder mit der französischen Trikolore anmalen – Toleranz nennen könne. Ich verneinte. Das ist etwas anderes. «Was ist es dann?» Das ist Krieg. Die Antwort schoss ich hervor, als wäre ich der Papst oder François Hollande. Glücklicherweise hatte ich keine Bomber und keine Bodentruppen, sonst hätte ich sie unverzüglich auf einen Rachezug nach Syrien gesandt. Heute, wo die Emotionen ein wenig abgeebbt sind, möchte ich den Fehler korrigie-

ren, die Antwort an meine Tochter berichtigen: Was sich da an jenem Morgen auf Instagram, Facebook und in den Herzen der Menschen abspielte, nennt man Solidarität. Und solidarisch sein bedeutet: Du stehst dem Anderen in einer schweren Stunde bei, seine Not ist deine Not und du bist bereit, ihm beim Tragen seiner Last zu helfen.

Und genau da beginnt die lichte Seite dieser Tragödie. Paris ist nicht mehr weit weg und fremd, so wie London 2005 oder Madrid 2004. Und es ist keine geografische Nähe, nein, unser Bewusstsein hat sich ganz einfach enorm verändert: Europa ist unter «uns». Wir sind jetzt ein Team und es tut uns weh, wenn ein Teammitglied verprügelt wird. Ich persönlich bekam in jenen Tagen einen Kloss im Hals, wenn ich die Marseillaise hörte, als wäre es meine Hymne. Gut möglich, dass es Millionen von Nichtfranzosen in ganz Europa ähnlich ging.

Hier aber ist die lichte Seite eigentlich auch schon zu Ende. Auf der emotionalen Ebene sind wir solidarisch. Auf der praktischen? Weit gefehlt. Wir fühlen mit den Franzosen, aber helfen

können wir ihnen nicht wirklich. Sie bedürfen unserer Hilfe noch in einer anderen Not, doch kaum kommt man darauf zu sprechen – auf eine solidarische Verteilung der Flüchtlingsströme – schlagen sich die Osteuropäer in die Büsche. Ungarn, Tschechien, die Slowakei und Polen lehnen deren Aufnahme ab. Die baltischen Staaten sind zwar einverstanden, doch kaum kehrt einer unserer «Kundschafter» aus einem Flüchtlingslager heim und meldet, keiner wolle zu uns, hört man die Bevölkerungsmehrheit insgeheim erleichtert aufseufzen: O Herr, wie gut, dass wir so unattraktiv, so hässlich sind, dass es hier regnet und schneit und unser Himmel so bedeckt ist, dass er nur selten nüchtern wird. Wir laufen vor der Verantwortung davon und vor der Not.

Als Erstes ist es die enorme Not der hierher Fliehenden. Und dann die Not ganz Europas. Im Prinzip ist das die erste wirklich grosse Not Europas seit unserem Beitritt. Und das erste Mal, dass es uns um Hilfe bittet. Nicht einmal realer, sondern symbolischer Art – eben Solidarität, denn dieses eine oder diese wenigen Tausend uns zugeteilten Flüchtlinge sind ein Tropfen im Verhältnis zu den Flüchtlings-



Marius Ivaškevičius gehört zur jüngsten Schriftstellergeneration Litauens und ist einer der bedeutendsten Gegenwartsautoren seines Landes. Von seinen bisher acht Büchern wurden einige in verschiedene Sprachen übersetzt, darunter der Roman «Die Grünen» (Athena Verlag, Oberhausen 2012). Der 42-Jährige hat sich als Journalist, Dramatiker, Prosa- und Drehbuchautor, Dokumentarfilmer und Regisseur einen Namen gemacht. Sein letzter Film «Santa», bei dem er das Drehbuch schrieb und Regie führte, gelangte 2014 in die Kinos. Wenn er gerade nicht auf Reisen ist, lebt und arbeitet Marius Ivaškevičius in Vilnius.

strömen. Stimmt, alle hätten es ruhiger gehabt, wenn in Syrien kein Krieg ausgebrochen, ISIS gar nicht erst geboren und diese Menschen zuhause geblieben wären, anstatt zu Flüchtlingen zu werden. Aber so ist es nicht.

Der Menschenstrom wird nicht verdampfen, nicht in der Erde versickern und nicht auf ewig auf den Autobahnen Europas herumirren. Jemand muss diese Menschen aufnehmen, ihnen ein Dach über dem Kopf und zu Essen geben. Ich bezweifle nicht im geringsten, dass Europa diese Krise überwinden wird. Mit oder ohne uns. Aber das stellt auch die Einheit auf die Probe. Diese grosse Not vermag uns endgültig zu vereinen oder zu spalten. ■

(Aus dem Litauischen)



Suche nach neuen Identitäten

Der Schweizer Fotograf Dominic Nahr dokumentiert und vermittelt mit seiner Kamera Lebensrealitäten sowie Träume und Hoffnungen junger Menschen in Afrika. – Impressionen aus einer Welt, die sich rasant verändert.



KULTUR

«Mich fasziniert der Fokus auf die Jugend in verschiedenen Teilen des afrikanischen Kontinents. Viele kommen trotz ihrer Fähigkeiten nicht weiter, weil sie infolge andauernder Konflikte, Armut oder

dem Mangel an Bildung ihr Potenzial nicht ausschöpfen können. Afrika verändert sich rasch. Mittendrin die Jugend, die nach einer neuen Identität in einem neuen Afrika sucht.»



«Viele Träume schweben herum – lebendiger und reeller denn je. Der Zugang zu günstigerer Technologie ermöglicht der afrikanischen Jugend, die Aussenwelt besser wahrzunehmen. Sogar wer im Flüchtlings-

lager geboren wurde, hat die Möglichkeit, sich anderes vorzustellen und nach Besserem zu streben. In den Augen vieler junger Männer und Frauen, die ich fotografiere, brennt dieses Feuer.»



«Alle sind voller Hoffnung. Vor allem jene Anfang zwanzig. Natürlich gibt es auch Frustration und manchmal Wut. Sie wissen, wie die traditionelle und wie die neue Welt funktioniert. Es gibt Hoffnung auf Veränderung. Am meisten staune ich über ihre Flexibilität und Geduld.»

«Ereignisse wie der Schönheitswettbewerb im Kakuma-Flüchtlingslager in Kenia erlauben es, für eine gewisse Zeit die harte Realität zu vergessen. Für mich war einer der besten Momente, als die frisch gekürte Miss Weltflüchtlingstag in die Luft gehoben wurde und ich ein Bild machen konnte, das nichts mit dem zu tun hat, was man sonst mit Flüchtlingen assoziiert.»



«Gewalt ist eine traurige Realität, mit der viele Menschen leben müssen. Es gibt so viele Faktoren, die un stabile Umgebungen erzeugen und die Menschen dazu bringen, schreckliches zu tun. Viele dieser Konflikte sind Dutzende von Jahren alt, mit gelegentlichen kurzen Friedensunterbrüchen. Die Bevölkerung hat nicht genügend Zeit, zwischendurch Kraft zu schöpfen, dem Horror



Der 32-jährige Schweizer Fotograf **Dominic Nahr** wurde in Appenzell geboren und ist in Hongkong aufgewachsen. Bei der South China Morning Post sammelte er seine ersten Erfahrungen als Fotoreporter, bevor er an der Universität Toronto Fotografie studierte. Seit 2008 fotografiert er in Afrika, seit 2009 lebt er in Nairobi. Seine Bilder über die Hungersnot in Somalia, den Krieg in der Demokratischen Republik Kongo oder den Arabischen Frühling realisierte er für das Time Magazine, für welches er als Vertragsfotograf arbeitet. Darüber hinaus wurden seine Bilder u.a. im National Geographic, Wall Street Journal, Wired oder GQ abgedruckt.
www.dominicnahr.com



entgegenzutreten und neu aufzubauen. Solch ein Prozess braucht Zeit. Ohne stabile Umgebung, in der die Menschen ihre innere Kraft, ihre Ideen und Träume nähren können, werden sich die Dinge nie wirklich verändern.»

(Aufgezeichnet von Gabriela Neuhaus; aus dem Englischen)



Service

Bücher

Marco van Duwendijk



Kindheit in Moldawien (gn) «Stimmt es, dass dort, in den sehr reichen und entwickelten Ländern, die Kinder zu nichts gut sind? Stehen sie nicht ihren Eltern bei, kümmern sie sich nicht um ihre Geschwister, können sie kein Essen zubereiten oder Ziegen melken?», fragt die 12-jährige Cristina. Sie lebt mit ihren zwei Brüdern in einem moldawischen Dorf. Allein. Die

Mutter arbeitet als Kindermädchen in Italien, der Vater ist zum Geldverdienen nach Russland gezogen. Auch die demente Grossmutter ist keine Stütze mehr. Im packenden Roman «Der erste Horizont meines Lebens» gibt die moldawische Schriftstellerin Liliana Corobca den zurückgelassenen Kindern der Arbeitsmigrantinnen und -migranten in ihrem Land eine Stimme. Man möchte Cristina am liebsten in den Arm nehmen, wenn sie aus ihrem Alltag erzählt. Obschon sie dies sicher nicht möchte. Mit pragmatischer Vernunft setzt sie alles daran, dass ihre kleine Familie würdevoll über die Runden kommt. Cristina ist tapfer und stark. Zuweilen stolz, wenn ihr schier Unmögliches gelingt, dann wieder verzweifelt, wenn die Sehnsucht nach der Mutter zu gross wird.

«Der erste Horizont meines Lebens» von Liliana Corobca, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2015

Prägnante Standortbestimmung

(gn) Das schlanke Buch «Zur Unübersichtlichkeit der Welt» liefert eingängige Darstellungen zu aktuellen Entwicklungen der weltweiten Politik und zeigt Zusammenhänge auf. Aus entwicklungspolitisch engagierter Perspektive bringt die von Alliance Sud herausgegebene Publikation Hintergrundinformationen zu Themen wie Finanzkrise, Umwelt- und Klimapolitik oder Fragen zu transnationalen Unternehmen und Menschenrechten auf den Punkt. Das Buch greift aktuelle Diskussionen auf, zum Beispiel über die Umsetzung der SDGs oder den Machtverlust der «alten» Geber in der Entwicklungszusammenarbeit. Aufge-

zeigt werden auch bedrohliche Entwicklungen wie zum Beispiel die in zahlreichen Ländern zunehmenden Restriktionen gegen Bürgerorganisationen und -initiativen. Die Autoren begnügen sich dabei nicht mit der Beschreibung des Status quo, sondern formulieren Strategien und Absichtserklärungen für Massnahmen, die dazu beitragen sollen, Fehlentwicklungen zu korrigieren und weltweit mehr Gerechtigkeit und Transparenz zu schaffen.

«Zur Unübersichtlichkeit der Welt», Alliance Sud (Hrsg.), Bern 2015

Blicke in die Zukunft

(gn) Wie wird die Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2030 aussehen? Die Antworten fallen bei den 24 Autorinnen und

Autoren im jüngsten «Almanach Entwicklungspolitik» höchst unterschiedlich aus; das Spektrum reicht vom Plädoyer für die Verbesserung und Fortsetzung des Engagements für die Ärmsten bis zur Analyse, dass Entwicklungszusammenarbeit mehr schade als nütze. Der deutsche Publizist René Zeyer etwa stellt der bisherigen Hilfe ein schlechtes Zeugnis aus und fordert, künftig nur noch in sicheren Ländern und im Bereich der Bildung Unterstützung zu leisten. Muhammad Ibrahim, Gründer und Direktor einer NGO in Bangladesch, verlangt einen verstärkten Wissensaustausch über Strategien, Produkte und den Markt, um die Menschen in seinem Land für den globalen Wettbewerb fit zu machen. Der Wirtschaftsfachmann Markus Mugglin erinnert an die alte entwicklungspolitische Maxime, es komme nicht so sehr darauf an, mehr zu geben, sondern weniger zu nehmen und fasst zusammen: «Es geht um die Neuordnung der gesamten Beziehungen zwischen den Staaten – vom Handel über die Finanzen und Kapitalflüsse bis hin zu Migration, Umwelt und Friedensförderung.»

«Almanach Entwicklungspolitik» von Ivona Swietlik (Hrsg.), Caritas-Verlag, Luzern 2015

Jazzig und sakral

Musik (er) Glasklare Klaviertöne perlen dahin. Tiefe Männerstimmen ziehen auf- und abschwellend dunkle Spuren. Glockenhelle Frauenstimmen schweben in lichten Höhen. Die jazzigen und ornamentartigen Pianoläufe des umtriebigen 28-jährigen Tigran Hamasyan werden virtuos und dicht mit dem polyfonischen Gesang des 20-köpfigen «Yerevan State Chamber Choir» verwoben. Dieser trägt im aussergewöhnlichen CD-Projekt «Luys i Luso» (Licht vom



Licht) des armenischen Weltklassepianisten sanft und erhaben sakrale Fürbitten um Sündenerlass, Hymnen, Scharakanen (liturgische Lieder) und Choräle aus dem 5. bis 19. Jahrhundert vor. Die fein nuancierten einzigartigen Klangbilder vermitteln faszinierende und berührende Hörblicke in das reiche Kulturgut Armeniens. Sie erinnern auch an Hunderttausende (einige Quellen sprechen gar von bis zu 1,5 Millionen) armenischer Menschen im Osmanischen Reich (heute Türkei), die vor hundert Jahren deportiert und massakriert wurden.

Tigran Hamasyan, The Yerevan State Chamber Choir: «Luys i Luso» (ECM)

Nah und entrückt

(er) Fünf Jahre mussten die Fans auf ihr sechstes Album warten. Nun lädt die portugiesische Fado-Diva Mariza ein, die Welt zu entdecken. Mit «Mundo» begibt sich die 42-jährige Sängerin mit der einzigartig betörenden und ausdrucksvollen Stimme in einen lusophonen Musikkosmos, der von den Kapverdischen Inseln nach Spanien, von Argentinien nach Portugal reicht. Dabei klingen die in



Portugiesisch, Kreol oder Spanisch vorgetragen und in Gitarrenwohlklang eingebetteten Fados und Balladen, die kapverdische Morna, der Tango oder das Schlaflied ganz nah – und doch entrückt. Immer spürbar ist die Saudade, der portugiesische Blues mit dem fast unbeschreiblichen Gefühl von Traurigkeit und Verzweiflung, von Wehmut und Sehnsucht, von sanfter Melancholie und leisem Weltschmerz. So vereint die im südafrikanischen Mosambik geborene und in Lissabon aufgewachsene Künstlerin leidenschaftlich und meisterhaft ihre moderne Weltoffenheit mit den traditionellen Wurzeln.

Mariza: «Mundo» (Warner Music)

Äthiopisches Märchen

(gn) Der Debütfilm des äthiopischen Filmemachers Yared Zeleke lebt von eindrucklichen Landschaftsaufnahmen und der innigen Beziehung eines einsamen Jungen zu seinem Schaf Chuni. «Lamb» ist eine Parabel über Sehnsucht, Geborgenheit und Erwachsenwerden vor dem



Hintergrund einer Lebensrealität, die geprägt ist von Dürre, Armut und Hunger. Hauptperson ist der neunjährige Ephraim aus dem Norden Äthiopiens, dessen Mutter gestorben ist – an den Folgen der Dürre, wie man im Film erfährt. Der Vater bringt den Jungen zu Verwandten und geht in die Stadt auf Arbeitssuche. Der einzige Freund, der Ephraim bleibt, ist Chuni. Als das Tier für ein Festessen geschlachtet werden soll, beschliesst Ephraim zu fliehen. Der didaktisch aufgebaute Film streift zahlreiche Themen des Entwicklungsdiskurses, die Zeleke gezielt einstreut: Nebst der Hunger- und Dürreproblematik etwa das Zusammenleben verschiedener Religionen oder die Rolle der Geschlechter in der traditionellen Gesellschaft Äthiopiens. 2015 wurde «Lamb» als erster äthiopischer Film im internationalen Wettbewerb des Filmfestivals von Cannes gezeigt.

«Lamb» von Yared Zeleke, Spielfilm 2015 - 94 Minuten.

www.trigon-film.org Studie

Ein Nachfragemarkt

(jpk) Arbeitsplätze im Bereich der internationalen Zusammenarbeit (IZA) sind begehrt. Die Zahl der Stellensuchenden übersteigt das Angebot an offenen Stellen, wie aus dem Bericht zum Schweizer Arbeitsmarkt der IZA 2013/2014 von cinfo her-

vorgeht. Die Organisationen können bei der Rekrutierung ihrer künftigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus einem breiten Angebot gut ausgebildeter und fachlich immer stärker spezialisierter Kandidatinnen und Kandidaten auswählen. Diese Entwicklung ist u.a. auf die Zunahme der Studiengänge mit Bezug zur Internationalen Zusammenarbeit zurückzuführen. Während 2005 noch acht Ausbildungsgänge in diesem Bereich angeboten wurden,



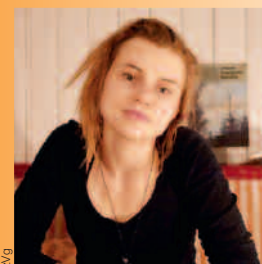
Jim Ose, Reduz/laif

waren es 2011 deren 23. Dementsprechend hat sich die Zahl der Studienabschlüsse mit 726 mehr als versechsfacht. Für die Stellensuchenden heisst das: Mehr Flexibilität zeigen und die Suche nicht nur auf einen Teilbereich der IZA wie die humanitäre Hilfe oder die Entwicklungszusammenarbeit beschränken.

Bericht zum Schweizer Arbeitsmarkt der IZA 2013/2014

www.cinfo.ch (Downloads IZA-Arbeitsmarkt)

Fernsucht



Die Grenzsprengerin

Die Künstlerin Anja Rüegsegger (25) besetzt mit einem Kollektiv derzeit einen verlassenen Warschauer Stadtgarten.

Zeit in der Ferne zu verbringen, gehört als Künstlerin dazu. Ich bin im Baselland aufgewachsen und lebe in einem Kollektiv, mit dem wir einen verlassenen Stadtgarten in Warschau besetzen. Der Ort ist wie geschaffen für Experimente und Kunst. Als Artist in Residence am Centre for Contemporary Art Ujazdowski Castle will ich aufzeigen, wie man sich unabhängiger von multinationalen Unternehmen organisieren und selbstbestimmt leben kann. Ich habe hier kürzlich ein paar Do-it-yourself-Workshops gegeben, um Alternativen zu unserer Konsumkultur aufzuzeigen. Momentan plane ich ein Häuschen aus Abfall, Stroh und Lehm samt Outdoor-Badezimmer und Pizza-Ofen. Die Arbeit mit wiederverwendeten Materialien ist mir wichtig, genau wie die kritische Auseinandersetzung mit kapitalistischen Machtstrukturen. Einen anderen Fokus hat das Projekt Bblackboxx, bei dem ich mitwirke: Ein unhierarchisch organisierter Raum neben Ausschaffungsgefängnis und Empfangszentrum in Basel. Eine lose Gruppe schafft und manifestiert dort Gegenpositionen zu einer Grenzpolitik, die sich über Repression und Profit definiert.

(Aufgezeichnet von Samuel Schumacher)

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Manuel Sager (verantwortlich)
Catherine Vuffray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Sarah Jaquière, Pierre Maurer, Gabriela Neuhaus, Christina Stucky, Özgür Ünal

Redaktion

Gabriela Neuhaus (gn – Produktion),

Beat Felber (bf), Luca Beti (lb), Fabian Urech (fu)
Jane-Lise Schneeberger (jls), Ernst Rieben (er), Samuel Schumacher (sas)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern

E-Mail: deza@eda.admin.ch
Tel. 058 462 44 12
Fax 058 464 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage: 51 200

Umschlag: Auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft in Delhi, Indien; Gerald Haenel/laif

ISSN 1661-1667

«Die Herausforderung wird sein, die Kluft zwischen unseren eigenen Spielregeln und den weltweiten Auswirkungen unseres Handelns zu überbrücken.»

Peter Messerli, Seite 11

«Für mich gibt es keine Zukunft ohne Einbezug der Frauen bei Entscheidungsprozessen auf nationaler Ebene.»

Mariam Diallo Dramé, Seite 19

«Ohne die Wohnung und die gegenseitige Unterstützung, die wir im Haus erfahren, wäre unser Leben grausam.»

Gocha Khufatsaria, Seite 25
